

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. exkl. Postgeb.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlant.

Inserate werden die 5 gespaltene Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfg. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Das Polentum in Preußen.

Leipzig, 2. Juni.

Etwa der zehnte Teil der Einwohner des Königreichs Preußen ist slawischer Nationalität und hat eine slawische Muttersprache. In dem letzten Hefte der Conrad'schen Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik (III. Folge, 15. Band, 5. Heft) untersucht Arthur Dix die Bedeutung des Slawentums in Preußen für die Bevölkerungsbewegung und Volkswirtschaft in den letzten Jahrzehnten. Ueberwiegend gehören die in Preußen wohnenden Slawen dem Polentum an, die Untersuchung von Dix ist also in erster Reihe ein Beitrag zur Erkenntnis des Wesens der sogenannten Polenfrage, zur Polenpolitik.

Zwei Seiten hat nach Dix die „Polenfrage“, weil das Polentum in Preußen „zwei Herde“ habe, den einen in dem alten Styr des Polentums, in den östlichen Grenzprovinzen, den anderen, „eine vollständig neue Erscheinung“, bildeten die „slawischen Kolonien in den westlichen Industriegebieten“.

Nach der Volkszählung vom 3. Dezember 1881 zählte Preußen (damals 5104 Quadratmeilen groß) 18491220 Bewohner; davon sprachen (als Familiensprache) deutsch 8297360 Familien mit 15718656 Köpfen, polnisch, masurisch, kaszubisch 451274 Familien mit 2214888 Köpfen, außerdem wendisch 16490 Familien mit 82282 Köpfen, böhmisch, mährisch 12976 Familien mit 58880 Köpfen, litauisch 30770 Familien mit 136990 Köpfen, litauisch 33 Familien mit 414 Köpfen, wallonisch 2430 Familien mit 10788 Köpfen, eine andere als die deutsche Sprache 514023 Familien mit 2504192 Köpfen.

Die polnisch-kasjubisch-masurische Sprache war demnach 1881 so stark vertreten, daß in der Gesamtbevölkerung auf 7 Personen mit deutscher Muttersprache 1 Einwohner mit polnischer Mutter- oder vielmehr Familiensprache kam. Auf die einzelnen Provinzen verteilten sich die Polen so:

Preußen (Ost- und Westpreußen)	1690441 Polen,	2006178 Deutsche
Polen	801372	666083
Brandenburg	16	2802136
Pommern	3077	1865292
Schlesien	719365	2589094
Sachsen	1	1945997
Westfalen	—	1603567
Rheinland	16	3164937
Hohenzollern	—	64422

In Sachsen, Rheinland, Brandenburg gab es 1881 nur eine verschwindend kleine Zahl Polen, in Westfalen gar keine, in Polen überwiegen die Polen beträchtlich die Deutschen. Von den größeren Städten wiesen nur Danzig 24, Posen 14006, Bromberg 114, Breslau 72, dagegen Berlin keine Polen auf.

Die Polen sind damals fast ausschließlich auf das geschlossene

Gebiet in Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, unter Einbeziehung kleiner pommerischer Grenzbezirke, beschränkt.

Fest steht ferner, daß die Landesteile mit starker slawischer Bevölkerung einen höheren Geburtenüberschuß aufweisen, als die deutschen Bezirke, allerdings aber auch eine sehr hohe Kindersterblichkeit.

Wie steht es im Jahre 1890, neunundzwanzig Jahre später? (Spätere amtliche Zahlen liegen leider noch nicht vor.) Die Gesamtzahl der männlichen Slawen und der Halbslawen ist auf 1 1/2 Mill., die der Slawen überhaupt auf 3 1/2—3 3/4 Millionen gestiegen.

Die geschlossenen Gebiete im Osten haben ihren Charakter bewahrt, vielfach ist das Slawentum infolge großer natürlicher Vermehrung und starker Auswanderung der Deutschen noch mehr in die Ueberszahl gekommen. Daneben aber hat allmählich seine große Umwandlung begonnen: „Die Städte im Osten, die vor einem Menschenalter noch kerndeutsch waren, werden polonisiert. Und eine zweite, ganz neue, aber rapid zunehmende Erscheinung tritt ein: Die Wanderung slawischer Arbeiter in geschlossenen Mengen nach den Industriebezirken des Westens.“

Im Jahre 1890, so führt Dix aus, finden wir bereits allein in den drei Regierungsbezirken Aachen, Arnberg und Düsseldorf über 60000 rein slawische männliche Personen, abgesehen von den gemischtsprachigen, in Berlin gegen 12000 männliche Slawen und in 15 westlichen Regierungsbezirken je über 1200. 19 nichtpolnische Kreise weisen bereits mehr als 50 polnische Schulkinder auf, der Kreis Gelsenkirchen allein rund 1500 polnische und deutsch-polnische Volksschüler. Die Zahl der slawischen Volksschüler im ganzen Staat beträgt 12 Proz., die der polnischen und kaszubischen Volksschüler auf dem Lande 15 Proz. der entsprechenden Gesamtzahlen; die slawischen und halbslawischen Schulkinder aller in Preußen vertretenen slawischen Sprachen bilden auf dem Lande rund 20 Proz. der deutschen Schulkinder (niebiger Schulen). Schon macht sich auch in Berlin-Brandenburg, Rheinland, Sachsen und Westfalen die steigende Zahl polnischer Volksschüler bemerkbar, und entsprechend beginnt hier, im Gegensatz zu der sonst ganz allgemeinen starken Abnahme, eine merklige Zunahme der Analphabeten.

Immer stärker wächst die Zahl der Polen im Westen; im Jahre 1897 sehen wir in nur 11 westlichen Kreisen plötzlich weit über 100000 Polen, d. i. über 8 Proz. der Gesamtbevölkerung dieser Kreise; in Gelsenkirchen und Neekinghausen zusammen ist die Zahl auf 58000 = 20 Proz. gestiegen. Auch hier stehen wir geschlossenen slawischen Niederlassungen, einer planmäßigen Verteilung oder vielmehr Vereinigung großer Massen slawischer Arbeiter gegenüber.

Zu den einheimischen Slawen gesellen sich in immer wachsender Zahl solche aus dem Auslande; im Jahre 1880 haben sich russische Einwanderer, ganz abgesehen von den Grenzprovinzen, auch schon in Berlin, Sachsen, Hannover, Hessen und Rheinland niedergelassen. Fünf Jahre später werden in Preußen gegen 100000 in Oesterreich und Rußland gebürtige Personen, zum

großen Teil russisch- und galizisch-polnische Arbeiter, gezählt. 1892 stellt G. v. Mahr eine Einwanderung von rund 14000 solcher Arbeiter in den vier Grenzprovinzen fest, und immer mehr werden in der Folgezeit ins Land geholt.

Neben der Vermehrung durch slawische Zuwanderung findet eine außerordentlich starke natürliche Vermehrung innerhalb der slawischen Bevölkerung statt. In den polnischen Kreisen der Monarchie finden wir im Jahre 1867 eine Geburtenziffer, die bis auf 5,5 Prozent steigt, und auch später, während des allgemeinen Steigens der Volksvermehrung, stoßen wir in diesen Gebieten auf die höchsten Zahlen trotz der auch im Westen herrschenden großen Fruchtbarkeit. Freilich hat die slawische Bevölkerung auch, von den Großstädten abgesehen, die höchste Sterblichkeit und namentlich Kindersterblichkeit, gleichwohl aber steht schließlich in Bezug auf die natürliche Bevölkerungsvermehrung der ganze slawische Osten fast geschlossen an erster Stelle. Den östlichen Kreisen schließt sich zunächst der Regierungsbezirk Arnberg mit der erstaunlich hohen Zahl von mehr als 18000 männlichen Vollblut-Polen an. Zu Arnberg gehört auch die große Polentolonie in Gelsenkirchen. Es folgen Magdeburg und Merseburg mit zusammen einer annähernd gleichen Zahl, demnach Münster, Düsseldorf u. Insgesamt hatten im Jahre 1890 bereits 10 westliche Regierungsbezirke mehr als je 100 männliche Polen aufzuweisen. Auch Masuren, Wenden, Mähren und Tschechen sind in Arnberg in größerer Zahl vertreten; die Tschechen außerdem in Merseburg, Lüneburg, Wiesbaden und Düsseldorf, und ferner in Wiesbaden 111 Russen. Dazu kommen mehr als je 100 Deutsch-Polen in Arnberg, Magdeburg, Merseburg, Gildesheim, Münster, Düsseldorf und Köln, und Masuren in Münster, alles in allem gegen 100000 männliche Slawen und Halbslawen — ganz überwiegend aber reine Slawen — im Westen Preußens. So stand es im Jahre 1890. Heute ist die Zahl der Slawen dort bedeutend größer.

Als fester Kitt, der das Zusammenhalten ganz wesentlich fördert, ist für die Polen und Kasuben die katholische Konfession nicht außer acht zu lassen, zu der sich die erdrückende Mehrheit bekennt. Der Klerus, der durchgängig national-polnisch gesinnt ist, übt auf die Masse einen außerordentlich großen Einfluß aus.

Wie erklärt sich die Ausbreitung des Polentums, dieser Vormarsch der polnischen Arbeitermassen nach dem Westen? Hören wir zuerst Dix:

Der Slawe ist in erster Linie der bedürftigste Arbeiter, bzw. im Osten auch der bedürfnislose Bauer. Als solcher erobert er sich seine Stellung, als Kind einer niederen Kultur bringt er im Kulturlande vor. In gewissem Sinne darf man wohl sagen: Unsere Slawen sind unser künftiger Stand. Wo kein deutscher Bauer zu leben vermag, da führt der polnische Bauer auf seiner Scholle ein elendes Dasein; wo der deutsche Landarbeiter die Scholle flieht, da kommt der Slawe über die Grenze und nimmt seine Stelle als schlechtestbezahlter Arbeiter im Lande ein; wo die deutschen Arbeitskräfte in der Industrie des Westens

Seuilleton.

Rheinlandstöchter.

Roman von G. Siebig.

„Mel-da —“ schwach wie ein Hauch fällt der Sterbende es nach, er versucht den Kopf zu heben; seine Frau schiebt ihm stützend den Arm unter. Nun kommt in die halbgebrochenen Augen ein Blick des Verständnisses, der Mund verzieht sich — er will lächeln — „Mel — w — o — w — —?“ Er tastet unsicher über die Decke, nun klammern sich seine eiskalten Finger um die eiskalten Finger der Tochter; er drückte sie mit ungeahnter Kraft.

Bitternd, lautlos schwanzt Melda hin und her, gewaltsam niedergezogen sinkt sie am Bett in die Knie. Der Griff des Sterbenden wird fest und fester, er krallt sich förmlich ein —

„Mel — — — ah —!“ — — —

Der Griff läßt plötzlich nach, er wird locker, ganz lose — zwei, dreimal ein seltsames Köcheln — die beiden Frauen halten den Atem an und lauschen. Man hört das Ticken der Uhr nicht mehr, wohl aber vorsichtige Schritte draußen auf der Treppe — Melda hat die Thür nicht hinter sich geschlossen, sie knarrte jetzt leise — der Medizinalrat kommt, hinter ihm Konrad Dallmer, zuletzt die Wlad.

Der Bürgermeister drängt sich ungeduldig vor — „Joseph, alter Junge, was machst Du für Ge?“ — Das Wort erstickt ihm im Munde, er prallt zurück — „lieber Bruder“ — mit angewollter Frage in den Augen sieht er den Arzt an;

der thut nur einen kurzen Blick und neigt dann den Kopf bedeutungsam — „Es ist zu Ende!“ — — — Zu Ende! Ein paar kurze Worte, nur geäußert, und doch lauter als Donnerhall.

„Zu Ende — was — wer?“
Wie eine Rasende springt Melda von den Knien auf — „Ihr Lügler!“ Sie steht zornfunkelnd um sich, sie reißt den Kopf des Toten mit beiden Händen empor. — Der Mund steht offen, kein Laut, kein Atem mehr — — — „Hal!“ Mit einem furchtbaren Schrei läßt sie das schwere Haupt zurück in die Arsen fallen. Es ist ein Schrei, der den Hörern durch Mark und Bein geht. „Ich hatte Dich vergessen — Vater — Vater!“

Man hatte bescheidene Traueranzeigen auf dünnem Papier mit schwarzen Rändchen herumgeschickt: —

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, unseren heißgeliebten Vatern, Vater und Bruder, den königlichen Regierungsrat Herrn Joseph Dallmer, nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden zu sich in die Ewigkeit zu rufen.

Um stilles Beileid bitten und so weiter.

Das war so der gewöhnliche Traueranzeigenstil; der eine setzte vor das „heißgeliebt“ noch „unvergessen“, der zweite vor das „nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden“ noch mit „christlicher Geduld“ — und so fort einige Varianten, je nachdem man für die Druckkosten auszugeben wünschte.

Der Tote lag still und friedlich in seinem Sarg oben in der Schlafkammer. Man hatte erst lang um ihn herum gewirtschaftet und gepoltert, das zweite Bett hinausgeschafft und die übrigen Möbel auch, die Wadze in die Mit* gerückt

und ein paar grüne Topfgewächse herum arrangiert. Es sollte doch nett aussehen.

Frau von Osten, geborene Röder, hatte einen herrlichen Kranz geschickt und einen Niespalmenwedel mit weißem Rosenbouquet. Sie war auch selbst gleich auf die Nachricht gekommen, sie weinte mit der in Schmerz aufgelösten Mätin und sah wohl über eine Stunde; Melda hatte sie nicht gesehen, die war oben bei ihrem Vater.

„Wenn Sie Melda sehen wollen, müßten Sie sich schon heraus bemühen, liebe Frau von Osten; sie ist nicht zu bewegen, vom Sarg fortzugehen, ach, ach!“ jammerte die Mätin.

„Ich möchte wohl — aber nein, nein!“ — Die junge Frau wehrte verlegen ab. „Sie nehmen's mir nicht abel, aber ich möchte jetzt keinen schrecklichen Eindruck haben, es könnte meiner Felicitas schaden; ich habe doch keine Krume — und sie ist jetzt ohnehin so unruhig — ich will auch lieber gehen — der Tod ist immer so schrecklich!“

Sie hatte recht, der Tod ist immer schrecklich. Was man von einem seltsamen Entschlafenen spricht, ist ein Märchen.

Die Läden waren am Tag geschlossen, damit keine Sonne hereinprallte; ein schwerer Geruch von Chlor und wehenden Kränzen zögerte zwischen den vier kalten Wänden. Melda saß unbeweglich neben dem Vater, den schweren Kopf vornüber geneigt, den glanzlosen Blick in das stille Gesicht bohrend. Mitunter nur lehnte sie die glühende Stirn an die eiskalte Hand des Toten, die rote Schnarre über der Augenbraue brannte wie Feuer! Sie rührte vom Sturz gegen die Stuhlkante her — nein, sie war ein Rainszelen, ein Mal der Schande, ihr aufgedrückt für ewig! Die Tochter hatte den, der da lag, vergessen — über der eigenen Begier den Vater vergessen — pfui, o Schmach! —

Mit verzweiflungsvollem Stöhnen preßte Melda ihre

feilen (???) oder teuer werden, da melbet sich sozusagen der Arbeiter...

Der Boden für das wirtschaftliche Vordringen des Slaventums im letzten Stande ist seine niedere Kultur, seine Bedürfnislosigkeit...

Was einschichtige Wirtschaftshistoriker — wir erinnern an die Darlegungen Webers — schon lange festgestellt haben, worauf die sozialdemokratische Kritik von allem Anfang an mit Schärfe hingewiesen hat...

Der slavische Arbeiter wird als Lohndrücker, als Schmutzkonkurrent von der deutschen Kapitalistenklasse in immer steigendem Maße angewendet.

Wer trägt denn die Schuld an dieser Polonisierung des Westens, an der Ueberflutung der deutschen Bezirke mit Slawen? In erster Reihe das ostelbische Junkertum...

Mitteldeutschland und der Westen locken mit ihrem hochentwickelten Großgewerbewesen.

Mit den Junkern im Osten teilen sich in die Ehre, die Poloneinwanderung planmäßig gefördert zu haben, die Großindustriellen im Westen. Gierig nach willigen, gefügigen, nicht organisierten, spottbilligen Arbeitskräften...

Der große westfälische Bergarbeiterstand von 1880 war der stärkste Anstoß für das Grubentapital, die Gültensbarone, die großen Werkbesitzer, die so „deutsch“ empfinden und so „gute Patrioten“ sind...

In einer Anzahl rheinisch-westfälischer Reichstagswahlkreise ist thatsächlich heute bereits das deutsch-polnische Element das Jünglein an der Wage. Wir haben schon lange die Ueberzeugung, daß in absehbarer Zeit die Polen in einen dieser durch die hier entstandenen polnischen Sprachinseln für sie günstigen Kreise mit einem eigenen Kandidaten herausgehen werden...

Aufgabe der klassenbewußten Arbeiterschaft ist es, die polnischen Proletarier, die in ihrer großen Masse durch ihre Sprache, durch den Druck nationalchauvinistischer und kirchlicher Mächte von der modernen Arbeiterschaft noch abgesperrt sind...

schon Hochadels und des Centrums in Sozialdemokraten, aus Lohndrückern in Lohnkämpfer umzuwandeln.

Das ist die Polenpolitik der Sozialdemokratie, die die mit Zwangsmitteln wirtschaftende preussische Bureaukraten- und Zweibermittlungen, „germanisation“ schon längst als einen untauglichen Versuch am untauglichen Objekte gekennzeichnet hat.

Politische Uebersicht.

Ein Triumph der Flottenpatrioten.

Im Hotel Zum nutigen Ritter in Köpenick beschloß zu Pfingsten der Köpener SC (Seniorenverband deutscher Corpsstudenten), in corporo dem Deutschen Flottenverein beizutreten...

Der deutsche Flottenverein kann stolz sein auf diese neue Mitgliedschaft. Denn der Köpener Seniorenverband deutscher Corpsstudenten ist nicht bloß ein sehr vornehmer und einflußreicher Verein...

Der Verband ignoriert das Verbot des Inverbindungsretens, was bekanntlich nicht allen Vereinen ungehandelt hingeht, und er verstößt gegen den § 129 des Strafgesetzbuches.

Aber darum brauchen sich die Herren von einem Verband nicht zu kümmern, dessen Mitgliedschaft die beste Empfehlung für eine gute Staatsbeamtenkarriere ist

Deutsches Reich.

Chronik der Begnadigungen.

Die Begnadigung eines Duellanten wird aus Coblenz berichtet. Der Bonner Assistenzarzt Dr. Reusing, der seinen Kollegen Dr. Fischer im Zweikampf erschossen hatte...

Vom Kaiser begnadigt wurden nach dem Reichsboten zwei ehemalige Soldaten der Infanterie-Regimenter 84 und 129, die aus Anlaß einer im Jahre 1895 in Bromberg vorgekommenen Schlägerei wegen „militärischen Auftrubs“ kriegsgerichtlich zu je fünf Jahren Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Soldatenstande verurteilt worden waren.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Der verantwortliche Redakteur der Mecklenburgischen Volkszeitung in Rostock, Genosse Starosson, wurde auf Befehl des Landgerichts am Sonnabend in den Redaktionsräumlichkeiten verhaftet.

Est preussisch!

* Kiel, 31. Mai. Endlich haben die am 1. Mai bei einer Flugblattverbreitung in Dänischenhagen verhafteten Genossen auf ihre Beschwerde vom Ederförder Landrat Bescheid erhalten.

Auf die Beschwerde über den berüchtigten Gendarm Wille II in Dänischenhagen vom 4. d. M. eröffne ich Ihnen im Anschlusse an meinen vorläufigen Bescheid vom 6. d. M. hiermit folgendes:

Sie haben am 1. d. M. vormittags, vor Beginn des Gottesdienstes, auf öffentlichen Wegen und zwar an den Müllergässen Wilhelm Mühl in Dänischenhagen auf dem öffentlichen Wege vor der Dänischenhagener Mühle und die knechte Martin Bill und Johannes Wohler in Uhlenhorst auf dem öffentlichen Wege bei Uhlenhorst Flugblätter (Flugblätter) verteilt...

erst am 2. Mai d. J. durch das zum amtlichen Gebrauche von der Redaktion des Amtsblattes der königl. Regierung ihm zugegangene Stück 17 des Amtsblattes vom 30. April d. J. und zwar speciell durch die in demselben auf Seite 187 veröffentlichte Bekanntmachung...

Der Gendarm Wille II hat sich einer Ueberschreitung seiner Amtsgewalt bzw. seiner Instruktion und bewußt einer ungehörigen Handlungswelt nicht schuldig gemacht und liegt daher keine Veranlassung vor, denselben zu revidieren oder zu bestrafen.

Ederförde, 25. Mai 1898. Der königliche Landrat des Kreises Ederförde. Name unleserlich.

Erst werden die Genossen zu Unrecht verhaftet und gefesselt zum Amtsvorsteher geschafft. Dieser konfisziert die Flugblätter. Dann werden sie auf eine Denunziation hin aus der Arbeit entlassen.

Wehe dem Arbeiter, der sich die geringste Gesetzesüberschreitung zu schulden kommen läßt, doch für die beruflichen Geschwächter giebt es Entschuldigungen in Hülle und Fülle...

Schweizerisches.

Auf Gräbern.

Aus Kantschou wird gemeldet, daß Prinz Heinrich von Preußen vor seiner Rückkehr nach dem deutschen Pachgebiet die Begräbnisstätte der mit dem Ilis untergegangenen Matrosen besucht und dort Kränze niedergelegt hat.

* Berlin, 2. Juni. Zu der internationalen Zuderprämien-Konferenz, die am 7. Juni in Brüssel beginnt, sind aus Deutschland als Delegierte ernannt: der deutsche Gesandte in Brüssel, v. Alvensleben und Geheimrat Kühn aus dem Reichsschatzamt.

Die Kommission für Arbeiterstatistik ist vom Staatssekretär Grafen Posadowsky auf Ende Juni zu einer Sitzung einberufen.

Der bisherige Gesandte in Rio de Janeiro, Krauel, hat den erbetenen Abschied erhalten. Zu seinem Nachfolger ist der erste Sekretär der Londoner Botschaft, Graf Arco Valley ernannt.

Der Reichskommissar für die Pariser Weltausstellung, Geh. Regierungsrat Richter, reiste gestern nach Paris, um einige noch schwebende Fragen endgültig zu regeln.

Zur Abänderung der über die Verhältnisse der Juden in Frankfurt a. M. noch geltenden Gesetze dürfte dem nächsten Landtag nach den Berl. Vol. Nachr. eine Vorlage zugehen. Der preussische Unterrichtsminister wies das Gesuch von 340 Breslauer Volksschullehrern um eine Erhöhung des von der Stadt festgesetzten Grundgehalts von 1800 Mk. sowie um eine Wohnungsschadigung von 400 Mk. ab.

Lippen auf die starren Finger — „Papa, lieber Papa, sieh mich nur einmal an“ — in rasendem Verlangen schlang sie beide Arme um den Leichnam — „sieh' mich an!“

Sie glaubte sterben zu müssen vor tödlicher Sehnsucht. Alles andere war hingefunken, wertlos in ihrem Leben, nur den da, der nicht mehr zu ihr sprechen konnte — jetzt glaubte sie's zu wissen — den hatte sie einzig geliebt!

„Papa, nimm mich mit,“ flehte sie wie ein Kind und sank dann doch, von Frost geschüttelt, in ihren Stuhl zurück; der Schauer des Todes hatte sie durchweht.

Unten tönte die Klingel ohn' Unterlaß, so viel war's in dem kleinen Haus an der Chaussee noch nie aus- und eingegangen. Die Bekannten fühlten sich jetzt alle bemüht zu erscheinen; Frau Käthe weinte bei jedem aufs neue, aber sie fühlte sich doch gehoben in dem Bewußtsein, so viele gute Freunde zu haben.

Alle paar Stunden kam sie mit dickeren Augen und neuen Kränzen wieder herauf. — „Sieh mal, Nelda, von Aders, wie kostbar! — von der Doktor Schmidt — und hier die Palme vom Regierungskollegium, die muß ganz oben auf! Kylander war eben auch da, er wollte Dich gern sehen und läßt Dich sehr grüßen — die Frau kommt doch wahrhaftig nicht ins Haus, es ist wirklich stark — auch die Plante hat einen Kranz geschickt, es ist rührend, noch dazu lauter weiße Levkojen, die hatte Dallmer so gern. Ach Gott, ach Gott, da liegt er nun und kann sie nicht mehr riechen!“

Und sie zupfte an ihm herum, und küßte ihn auf die Stirn, und legte ihm die Hände anders, und schob diesen Kranz hierhin und jenen Kranz dorthin, und lief dann wieder hinab; und Nelda bäumte sich auf vor Schmerz, bis sich in die Lippen, um nicht laut zu schreien, und sank wieder wimmernd in sich zusammen.

Der Bürgermeister besorgte alles Geschäftliche, er hatte vieles zu belausen und zu erledigen; solch ein stiller Schläfer macht unendliche Wirkkraft und Mühe, bis man ihn glücklich unter der Erde hat.

Dallmer krante auch in des Bruders Papieren; zwischen-durch kam er zu Nelda herein, stand eine Weile still, in Gedanken verloren, am Sarg, räusperte sich, und als das nichts half, die Nichte sich noch immer nicht rührte, strich er ihr sanft über den tiefgebeugten Scheitel.

„Mut, Kind, Mut!“

Sie zuckte zusammen, und schüttelte abwehrend den Kopf; er fuhr fort: „Dein Vater hat Dich sehr geliebt, ihm zu Liebe sei stark — sieh mal her, Nelda, das lag bei seinen Papieren obenauf! Willst Du es nicht lesen?“

Er legte ihr ein Briefcovernt in den Schoß, sie fuhr auf, als das Papier ihre krampfhaft verschlungenen Hände streifte. — „An meine Tochter Nelda“ — mit zitternden Fingern riß sie den Umschlag ab, sie hielt sich den Bogen dicht vor die Augen. War es das Halbdunkel der Totenkammer? — nein, es waren die stürzenden Thränen, die die Buchstaben schwach und undeutlich machten.

„Mein geliebtes Kind!“

Wenn Du diese Zeilen liest, werde ich tot sein; wer weiß, ob wir uns noch wiedersehen! Ich will Dich nicht zurückrufen von Onkel Konrad, hole Dir in der freien Natur die Kraft, deren Du bedürfen wirst. Alle Nacht träume ich von Dir — ich weiß nicht, warum ich so für Dich zittere, es macht wohl meine Schwäche und der Schmerz, von Dir scheiden zu müssen. Gott segne Dich, mein Kind, und behüte Dich! Du hast ein heißes Herz, erkämpfe Dir auch ein starkes Perz!

Mit Deiner Mutter und sei nicht ungeduldig mit ihr;

sie ist schwach und bedarf der Stütze; vergiß nie, daß Dein Vater sie einstmal in der Jugend geliebt hat! Ich hätte Dich gern an der Seite eines guten Mannes versorgt gesehen, oder Dir Dein Leben mehr geerbt. Ich kann Dir nicht viel hinterlassen; ich habe gespart, aber 7000 Thaler sind alles, was Euch bleibt, außer der Witwenpension. Halte Dich an Onkel Konrad! Er ist älter als ich, aber seine Kraft ist noch ungebrochen; er wird Dir beistehen.

Und nun leb wohl, mein Kind! Ich wünsche nicht, daß Du viel weinst. Du bist Deines Vaters größte Freude gewesen, vergiß das nicht! Du hast mir nie Kummer gemacht, auch im letzten Jahr nicht — hörst Du, Nelda, auch im letzten Jahr nicht! — es war ein Geschick, das unverschuldet über Dich kam, das Deinem inneren Menschen, wenn er sich durchgerungen hat, zum Heil gereichen wird. Noch verstehst Du das nicht, aber Du wirst es verstehen lernen. Mir ist, als wanderte ich schon nicht mehr auf dieser Erde, ich sehe alles in einem anderen Licht.

Ich lege meine Hand auf Dein liebes Haupt — klage nicht, sei stark! Du bist meines Lebens Sonne gewesen — das sei Dein Trost.

Dein Vater.“

Das Papier raschelte und flatterte nieder zur Diele. Dallmer hob es auf und warf einen Blick hinein, dann sah er verstoßen die Nichte an; sie stand aufrecht am Sarg, ihre Hand auf die Hände des Toten gelegt, das thränenüberströmte Gesicht unbeweglich emporgehoben. Er schlich sich leise hinaus.

(Fortsetzung folgt.)

Zum Direktor der kaiserlichen Normal-Lehranstalt für die Ausbildung der Lehramtskandidaten im Reichsamt des Innern, Geh. Oberregierungsrat Haus als Nachfolger des zum Direktor im Reichsamt des Innern ernannten Geh. Oberregierungsrats Dr. Hof im Nebenamt ernannt worden.

Wegen der Zunahme der Körnerkrankheit in verschiedenen Teilen Preussens (namentlich in Ostpreußen) haben die beteiligten Minister auf Grund der neueren Erfahrungen eine Anweisung zur Verhütung der Uebertragung ansteckender Augenkrankheiten durch die Schulen erlassen und die zuständigen Behörden beauftragt, das zur Durchführung der getroffenen Anordnungen erforderliche zu veranlassen.

Wegen Beleidigung des berrufenen Kriminalkommissars Raporra in Danzig — desselben Raporra, der in dem Spring-Mahlow-Prozess in Polen vor zehn Jahren als Berliner Kriminalschuttmann wegen seiner Art, mit Sozialdemokraten Verbindungen anzuknüpfen und den Vordspiegel zu spielen, eine Rolle spielte — hatte sich am Mittwoch vor Pfingsten vor der Strafkammer in Danzig der Metallarbeiter Verger zu verantworten. Er hatte in einer Vernehmung am 17. September 1897 die Arbeiter vor dem Kriminalkommissar Raporra gewarnt und dabei angeblich gesagt, Herr Raporra habe im Jahre 1889 in Berlin, wo er damals zur Zeit des Ausnahmegesetzes politischer Beamter gewesen sei, zu Dynamitattentaten in der Maste eines Arbeiters aufgefordert und hinterher denunziert. Auch habe er in Danzig aus einem Genossen Geständnisse zu „erpressen“ gesucht, nachdem er mit der politischen Polizei vertraut worden sei. Der Angeklagte will gesagt haben, damals habe Spring-Mahlow, der bekannte Spindel, in Berlin zu Dynamitattentaten aufgefordert und der Zeuge Raporra habe dann denunziert. Es wurde der Zeuge Raporra vernommen, der angab, daß er früher in Berlin gewesen sei. Der Vorsitzende richtete an ihn die Frage, ob er dort in sozialdemokratischen Versammlungen zu Dynamitattentaten aufgereizt habe. Der Zeuge erklärte, das habe er nicht getan. Der Angeklagte wollte dann an den Zeugen die Frage gerichtet wissen, ob er eigenhändig während des Ausnahmegesetzes verbotene sozialdemokratische Flugblätter verteilt habe. Der Staatsanwalt hielt diese Frage für nicht erheblich; der Gerichtshof beschloß jedoch, die Frage zu stellen, aber den Zeugen zugleich darauf aufmerksam zu machen, daß er nach § 53 der Strafprozessordnung bei der Erteilung amtlicher Auskünfte zuvor die Erlaubnis seiner vorgesetzten Dienstbehörde einholen müsse. Der Zeuge machte von diesem Rechte Gebrauch.

Die Sache wurde vertagt und der Gerichtshof beschloß, die Erlaubniserteilung bei dem Polizeipräsidenten zu beantragen und ferner einige von dem Angeklagten benannte Berliner und Danziger Zeugen zu laden.

Aus Thielens Reich. Eine Lokomotive, auf der sich mit Ausbesserungen beschäftigte Arbeiter befanden, fuhr in Biederitz (Kreis Jerichow I) am Sonntag nachmittag gegen einen feststehenden Apparat. Das Dach der Lokomotive wurde zertrümmert, Heizer, Lokomotivführer und zwei Arbeiter getötet. Ueber ein anderes Eisenbahnunglück wird vom Mittwoch aus Essen berichtet: Heute vormittag fuhr ein Personenzug auf Haltestelle Caternberg in einen die Verbindung beider Hauptgleise beherrschenden Güterzug. Die Maschine des Personenzuges und neun Wagen des Güterzuges wurden beschädigt. Personen sind nicht verletzt.

Im Centrum herrscht wieder große Freude. Amtsgerichtsrat Wellstein ist zum Oberlandesgerichtsrat in Frankfurt a. M. ernannt worden. Herr Wellstein ist, wie in der Germania hervorgehoben wird, Mitglied der Centrumsfraktion — und hat für die Flotte gestimmt.

Aus den Kolonien. In Deutschostafrika ist der Beamte des kaiserlichen Gouvernements Kühnendahl an Gehirnentzündung verstorben. — Ueber Menschenfresser im Hinterlande von Deutsch-Kamerun berichtet der Unteroffizier Staatsrat in Deutschen Kolonialblatt von seiner Expedition von Carnotville nach Yaunde. Der Nachkomm am Ufer der Sanaga soll Menschenfleisch allen anderen Speisen vorziehen, welcher Umstand auch einem schwarzen Soldaten der deutschen Expedition das Leben kostete. Am 11. Januar 1898, auf dem Marsche von Ngollo nach einem Lagerplatz, blieb er trotz wiederholter Ermahnung am Ende der Marschkolonie fast hundert Schritte zurück. Als gegen Mittag ein kleiner Wald passiert wurde, wurde der Soldat von Eingeborenen von rückwärts mit einem Speer erstochen. Es gelang jedoch, die Leiche zu retten.

Hamburg, 1. Juni. Das Landgericht verwarf die Berufung des Staatsanwalts in der Angelegenheit des Inspektors Bruns gegen die Hamburger Nachrichten wegen Vergehens gegen das Pressegesetz. In der Urteilsbegründung heißt es, daß das als Motiv für den Besuch des Inspektors Bruns in Friedrichsruh in den Hamburger Nachrichten zum Ausdruck gebrachte als Motiv, nicht als Thatsache im Sinne des Pressegesetzes aufzufassen ist.

München, 1. Juni. Im Gesamtausschuß der Kammer der Abgeordneten kamen heute die Matrikularbeiträge zur Beratung. Dabei stellte der Referent Abg. Kessler (Centr.) eine Anfrage nach der Thätigkeit des achten ständigen Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, worin Bayern den Vorsitz führt, und bemerkte, es bestände die Meinung, daß dieser Ausschuß nur auf dem Papier stehe. Bayern möge im Bundesrat auf die größte Sparfameit hinwirken, um ein weiteres Anwachsen der Matrikularbeiträge zu verhindern.

Staatsminister Febr. v. Nibel erwiderte, über die Thätigkeit des achten Bundesratsausschusses werde wohl der Minister des Auswärtigen im Plenum Mitteilung machen. Er selbst könne übrigens konstatieren, daß Bayern von der Reichsregierung stets in der loyalsten Weise über die auswärtigen Angelegenheiten in Kenntnis gesetzt werde. Ob dies in einem Ausschuß oder in anderer Form geschehe, sei nebensächlich. In der Sache sei Bayern nie zu kurz gekommen. Das Anwachsen der Matrikularbeiträge bedeute für die einzelnen Staaten keine Mehrbelastung, da den höheren Matrikularbeiträgen höhere Ueberweisungen gegenüberstünden. Mit der Reichsfinanzreform, die man im Auge behalte, werde bezweckt, Matrikularbeiträge und Ueberweisungen auf gleicher Höhe zu halten. Auf Sparfameit wirke die bayerische Regierung stets hin.

kleine politische Nachrichten. Am 14. Feldartillerieregiment zu Karlsruhe kamen einige Fälle von Genickstarre vor. Das häufige Vorkommen von Genickstarre gerade beim Militär wird nachgerade auffällig. — Gegen einen Wormser Metzgermeister, der die Lieferung für die Garnison hatte, ist Untersuchung wegen Betrugs eingeleitet worden, weil er, wie er nach den Lieferungsbedingungen verpflichtet war, statt Ochsenfleisch Kuh-

fleisch geliefert hatte. — Zur kulturellen Hebung des Ostens wird in den Berliner Polit. Nachr. angeführt, daß eine große Waggonfabrik in Danzig errichtet werden, daß die Danziger Privatbank mehr als früher nach dem Vorbilde rheinischer Industriebanken der Förderung der Industrie sich widmen und nicht mehr wie selber ausschließlich dem Handel dienen soll, und daß eine erhebliche Vermehrung des Kapitals der Polener Privatbank geplant ist. — Ein russischer Bund der Landwirte nach deutschem Vorbilde ist, wie die Post triumphierend verkündet, in der Bildung begriffen. — Zehnjährige Kollfreiheit gewährt Rußland auch den für die Bedürfnisse der sibirischen und uralischen Goldwäschereien bestimmten ausländischen Maschinen und Maschinenteilen. — Die Berliner Börse steigt, merkt aus Petersburg: Der Einfuhrzoll auf landwirtschaftliche Maschinen wird eine weitere Ermäßigung erfahren und gleichzeitig auf allen russischen Bahnen bereits am 1. Januar herabgesetzt werden. Der Frachttarif für das nach Deutschland exportierte Mehl sowie für Graupen wird vom 1. Juni ab um weitere 20 Prozent herabgesetzt. — Durch ein königliches Dekret wurde der Termin, bis zu dem die Getreideeinfuhr in Italien kollfrei erfolgen kann, auf den 30. Juni festgesetzt, während zum ermäßigten Kollsatz bis zum 15. Juli eingeführt werden darf. — In dem Belgrader Prozesse gegen den serbischen Parteiführer Pajitsch wegen Majestätsbeleidigung wurde der Angeklagte zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Oesterreich-Ungarn. Die Eröffnung des Abgeordnetenhauses. — Grazerisches. Der Fall des Zeitungstempels.

Wien, 1. Juni. Die Eröffnung des Abgeordnetenhauses verlief ohne besondere Zwischenfälle. Die Regierung brachte eine große Anzahl Gesetzesentwürfe ein, darunter die bereits angekündigten betreffend Aufhebung des Zeitungstempels etc. Die Grazer Abgeordneten Dr. v. Hofmann und Gen. brachten einen Dringlichkeitsantrag ein, worin die Regierung aufgefordert wird, sofort die Auflösung des Grazer Gemeinderats, weil sie ungesetzlich und als eine Herausforderung der dortigen deutschen Bevölkerung anzusehen sei, rückgängig zu machen, widrigenfalls die deutsche Volkspartei mit den schärfsten Kampfmitteln der Obstruktion einsetze, event. auch eine Ministeranklage einbringen werde.

Bei der Debatte über die Sprachenanträge besprach Hofmann v. Wellenhof die Grazer Vorgänge und erklärte, die deutsche Bevölkerung in Graz sei ruhig und gefestigt und werde es bleiben trotz der Herausforderung seitens der Regierung. Auf dem jetzt eingeschlagenen Wege werde die Regierung nicht zu innerem Frieden gelangen; die Deutschen würden nicht ablassen von dem, was ihnen Ehre und Pflicht gegen ihr Volk gebieten.

Der Tscheche Forstch erklärte, die Tschechen bedauerten von dem Standpunkte der städtischen Autonomie das Vorgehen der Regierung in Graz, aber vom politischen Standpunkte begrüßten sie es als ein wichtiges Symptom im Interesse einer Gesundung der öffentlichen Verhältnisse. Der Verständigung der Deutschen mit den Tschechen müsse eine Einigung über drei Begriffe vorausgehen: Ehrliche und vollständige Gleichberechtigung, nationale Autonomie und Revision der Dezemberverfassung behufs förderlicher Umgestaltung des Staatsrechtes.

Vöb (deutsch-liberal) besprach gleichfalls die Vorgänge in Graz, bezeichnete die Auflösung des Grazer Gemeinderates als ungesetzlich und willkürlich und erklärte, die Debatte über die Sprachenfrage werde solange von der parlamentarischen Verhandlung unter Zurückdrängung aller anderen Gegenstände nicht verschwinden, bis die Sprachenverordnungen aufgehoben seien. Die Verhandlung wurde sodann abgebrochen. Nächste Sitzung morgen.

Der Obmann der deutschen Fortschrittspartei, Dr. Groß, richtete an den Bürgermeister von Graz namens der Partei ein Sympathietelegramm. Gleichzeitig beschloß die Partei in Bezug auf die Behandlung der Grazer Gemeinderatsfrage, sich den Schritten der deutschen Volkspartei anzuschließen. Die christlich-soziale Partei drückte ebenfalls ihre tiefste Mißbilligung hinsichtlich der von der Regierung in Graz getroffenen Maßregelung aus und beschloß, sich mit der deutschen Oppositionspartei behufs eines einheitlichen Vorgehens in der Grazer Angelegenheit in Verbindung zu setzen.

Die nationalen Mitglieder des aufgelösten Grazer Gemeinderates haben auf eine Anfrage des Regierungskommissars wegen Bildung eines Beirats für seine Amtsführung beschlossen, ihre Mitwirkung zu verweigern. Der Regierungskommissar ist von diesem Beschlusse heute bereits durch den Vize-Bürgermeister Dr. Graf in Kenntnis gesetzt worden. An den Bürgermeister Dr. Graf sind Sympathietelegramme für den aufgelösten Gemeinderat von zahlreichen deutschen Städtevertretern eingelangt.

Der feierliche Landesausschuß richtete an die Statthalterei eine Note, in der die Auflösung des Grazer Gemeinderates als gesetzlich nicht gerechtfertigt bezeichnet wird. Die Landtagsabgeordneten Baron Kollanek und Reininghausen wurden wegen Beteiligung an der Novemberumgebung ihrer Stellen als Landwehroffiziere verlustig erklärt.

Mehrere Hausherren lehnten es ab, dem Grafen Weispach, dem Oberlandesgerichtspräsidenten, eine Wohnung zu vermieten. Die Regierung „legte dem Bürgermeister nachträglich nahe“, eine Einberufung des Gemeinderats zur Beschlußfassung über einen Rekurs gegen die Auflösung des Gemeinderates zu bewirken, und stellte ihm hierfür ein Amtskontor zur Verfügung. Der Bürgermeister lehnte jedoch ab.

Ein Gesetzesentwurf betr. die Aufhebung des Zeitungstempels vom 1. Januar 1899 ab ist, wie wir gestern schon meldeten, am Mittwoch dem österreichischen Abgeordnetenhaus zugegangen. Das offiziöse Fremdenblatt, das bereits am Mittwoch morgen diese frohe Vorkunft brachte, bemerkt, mit der Aufhebung des Zeitungstempels entspreche die Regierung einem dringenden Wunsch der ganzen Bevölkerung; um so mehr sei die Erwartung berechtigt, daß der Gesetzesentwurf schon in der nächsten Zeit parlamentarisch erledigt werde.

Wird Herr Kaiser, der „Herr Finanz“, auch stand halten?

Noble Magyaren. Budapest, 2. Juni. Hier verlautet, die Regierung sei geneigt, um den Ausgleich zu ermöglichen, eine Quote von 36 Prozent zuzugestehen. Nächste Woche sollen mehrere hervorragende ungarische Parlamentarier als Vertrauensmänner der Regierung sich nach Wien begeben, um dort mit maßgebenden politischen Personen Fühlung zu nehmen und eine Verständigung bezüglich der Quotenfrage herbeizuführen. Ganze 6 Prozent mehr! Oesterreich würde dann 64 Prozent der Gesamtansgaben tragen. Zum Schaden fügen die Magyaren noch den Hohn

Italien. Rom, 31. Mai. Der zweite Pfingstfesttag war für 12 meist jugendliche Gutmacher von Monza verhängnisvoll. Auf

Grund der Aussagen von Polizisten, zur Verhinderung der Ausrüstung einberufener Soldaten aufgefordert zu haben, wurden sie zu 8 Jahren 10 Monaten Gefängnis verurteilt. 8 anderen Arbeitern aus Sesto bei Monza wurden wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt 19 Jahre 3 Monate, 2 anderen Mailänder Arbeiter, die an der Errichtung von Barrikaden beteiligt gewesen sein sollen, 2 Jahr 10 Monate Gefängnis zubisittiert. Mehrere der Verurteilten wurden als Sozialisten, andere als zum Sozialismus hinneigend gekennzeichnet. Einer protestierte in seiner Verteidigung dagegen, daß als belastender Umstand das Bekenntnis zum Sozialismus angeführt werde. Die übrigen bestritten, sozialistischen Organisationen angehört zu haben.

In Trino bei Vercelli tumultuiereten Feldarbeiterinnen, weil sie sich mit dem Hungerlohn von 80 Cent. (64 Pfg.) nicht begnügen wollten. Sie zertrümmerten Fenster und Möbel im Hause eines Gutsbesizers und im Bewässerungsbauwerkgebäude. Eine Compagnie Soldaten stellte die „Ordnung“ wieder her.

Frankreich. Felix Faures Thronrede. — Verfassungsstatistik der neuen Abgeordneten.

Paris, 31. Mai. Immer kühner spielt sich Felix Faure auf den Monarchen hinaus. Von mehr oder minder harmlosen monarchenartigen Formspielereien geht er über zur Ausübung sehr enger Monarchenbefugnisse. Am letzten Sonntag hielt er auf seiner Paraderreise in Saint-Etienne eine wahre Thronrede, wie sie nicht einmal von einem über den Parteien stehenden konstitutionellen König gehalten werden dürfte. Er nahm sich heraus, die bislang unsicheren Wahlergebnisse ganz bestimmt als einen Triumph der „vernünftigen und weisen Politik“, d. h. der von Meline befehligten Ordnungskoalition, zu feiern und die Bundesgenossenschaft der Welfenrepublikaner mit den Merikal-Monarchisten unter dem „Banner der Republik“ (will sagen: der gemeinsamen Klasseninteressen) zu begrüßen.

Am Vorabend des Zusammentritts der neuen Kammer bedeutet die verfassungswidrige Rede des Präsidenten einen Versuch, auf die Volksvertretung einen Druck auszuüben, die etwa schwankenden Elemente der Kammer für die „vernünftige“ etc. Reaktionspolitik Melines zu gewinnen. Das macht im Lager der Opposition desto böseres Blut, als ja der Charakter der neuen Kammermehrheit jedenfalls eher antimelinistisch ist. Und überhaupt ist es, abgesehen von der eigentlich noch vorrepublikanischen Zeit der Präsidentschaft Mac Mahons, unerhört, daß das unverantwortliche Oberhaupt der Republik sich so rücksichtslos in einer öffentlichen Rede für eine bestimmte Parteipolitik festlegt.

Felix Faure bekommt nun von der oppositionellen Presse bittere Worte zu hören. Kamentlich macht sie ihn darauf aufmerksam, daß nach seiner Rede von Saint-Etienne der Sturz des Kabinetts Meline ihn persönlich treffen würde. Und da er, der an sich herzlich unbedeutende Mensch, auf seinen Präsidentenglanz große Stücke hält, so hätte er eine ausgezeichnete Gelegenheit verpaßt, den Mund zu halten.

Die soziale Stellung der Mitglieder der neuen Kammer weist so ziemlich das alte Bild auf. Am zahlreichsten sind natürlich die Rechtsanwälte. Sie schlagen den Record mit 108 Mann, wozu noch die ihnen verwandte Berufsgruppe von Sachwaltern und Notaren, aktiven oder a. D. (22 Mann), hinzukommt. Darauf folgen 82 Grundbesitzer und Rentiers nebst 19 „Landwirten“, 37 Industrielle, 23 Kaufleute und 6 Bankiers, 25 Offiziere a. D. und 8 ehemalige Diplomaten; ferner 52 Aerzte, 6 Apotheker, 12 Ingenieure, 40 Journalisten, 4 Schriftsteller, 3 Kunstmalere, 14 Professoren und Lehrer, 2 Geistliche und schließlich 62 Abgeordnete, die verschiedene andere Berufe ausüben oder ausübt haben, darunter 20 Lohnarbeiter oder Angestellte.

Die sozialistische Fraktion zählt 11 bisherige oder ehemalige Lohnarbeiter, 8 ehemalige Handelsangestellte und 1 Handelsreisenden, 10 Journalisten und Schriftsteller, 4 Rechtsanwälte, 5 Mittel- oder Volksschullehrer, 5 Geschäftskleute, 2 Grundbesitzer, 1 Schankwirt, 1 Trödler, 1 Ingenieur und 1 — Regier. einen echten, schwarzen Regier von der Insel Guadeloupe (Westindien), den Genossen Legitimus, der schon bei den Wahlen von 1893 auf der Kandidatenliste der Guesdisten figurirte.

Die Kammereröffnung.

Paris, 1. Juni. In seiner Antrittsrede kritisierte der Alterspräsident der Kammer, Boyssel, scharf die Politik des Kabinetts und verlangte Reformen im „nationalistischen“ Sinne, Maßnahmen gegen das Monopol der Kosmopoliten und gegen die Agiotage. (Beifall auf der äußersten Linken). Drumont ruft wiederholt: „Nieder mit den Juden!“

Bei der Wahl des provisorischen Präsidenten wurden 556 Stimmzettel abgegeben. Drei Zettel sind ungültig. Somit 553 abgegebene gültige Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 277 Stimmen. Deschanel erhielt davon 277, Brisson 276 Stimmen. (Beifall im Centrum. Widerspruch links.) Deschanel ist Kandidat der regierungsfreundlichen Republikaner.

Der Schriftführer Jourde erklärt, da ein Wahlzettel zur Erde gefallen sei, wolle das Bureau die Wahl nicht proklamieren, überlasse es jedoch der Kammer, sich darüber zu erklären. Ein Deputierter bemerkt, der hinabgefallene Zettel modifiziere das Resultat nicht, denn die absolute Majorität richtet sich nach der Zahl der gültigen Stimmen. Bourgeois betont die Wichtigkeit der Entscheidung, da die Autorität des Kammerpräsidenten unbefristet sein müsse. Mehrere Deputierte verlangen, das Bureau solle entscheiden. Der Schriftführer Reille will sprechen, die Linke überschreit ihn.

Das Geschrei, Aufschlagen auf die Bulte und lautes Schimpfen dauert zehn Minuten. Boyssel schlägt die Suspendierung der Sitzung vor und verläßt seinen Sitz unter dem Lärm des Hauses. Die Sitzung wird unterbrochen.

Das provisorische Bureau, bestehend aus dem Alterspräsidenten Bohnat und den den jüngsten Deputierten entnommenen Schriftführern, hatte während der Unterbrechung der Sitzung über die Präsidentenwahl Beratung gepflogen. Als sodann die Sitzung unter großer Bewegung wieder aufgenommen wurde, schlug das Bureau vor, die Wahl des Präsidenten morgen von neuem vorzunehmen. Der Vorschlag wurde auf Befürwortung von Deschanel nach einiger Diskussion angenommen. Zu Vizepräsidenten wurden Parrien (radikal) und Lehgues (Republikaner) gewählt. Die Sitzung wurde sodann aufgehoben.

Vor Schluß der Sitzung begaben sich sehr zahlreiche Deputierte, Mitglieder der Gruppen der Linken, zu Brisson, um ihn zu ersuchen, seine Kandidatur aufrecht zu erhalten. Brisson sagte zu.

Hierzu zwei Beilagen.

Reichstagswahl! Volks-Versammlungen

finden in nachstehenden Lokalen statt:

Sonnabend den 4. Juni abends 7/9 Uhr
Lindenau, Gesellschaftshalle.

Sonnabend den 4. Juni abends 7/9 Uhr
Oetzsch, Gasthof zur Linde.

Sonnabend den 4. Juni abends 7/9 Uhr
Mockau, Grüne Aue.

Sonntag den 5. Juni vormittags 11 Uhr
Stünz, Gasthof.

Sonntag den 5. Juni nachmittags 3 Uhr
Althen, Saupes Gasthaus.

Sonntag den 5. Juni nachmittags 3 Uhr
Schönan, Körners Gasthaus.

Sonntag den 5. Juni nachmittags 3 Uhr
Eythra, Gasthof zur Eiche.

Sonntag den 5. Juni nachmittags 3 Uhr
Wachau, Fiedlers Gasthof.

Sonntag den 5. Juni nachmittags 3 Uhr
Eröbern, Gasthof.

Sonntag den 5. Juni nachmittags 3 Uhr
Zöbigker, Gasthof.

Sonntag den 5. Juni nachmittags 4 Uhr
Frankenheim, Gasthof.

Sonntag den 5. Juni nachmittags 4 Uhr
Großpöna, Restaurant Jänicke.

Sonntag den 5. Juni nachmittags 3 Uhr
Holzhausen, Gasthaus zum Bahnhof, im Garten.

Sonntag den 5. Juni abends 6 Uhr
Brandis, im Garten des Gastwirts Franz Jäger.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Diskussion.
Referenten: Die Genossen H. Frenzel, F. Geyer,
K. Hänisch, R. Ilge, H. Lange, R. Laube, B. Müller,
K. Wienthal, M. Wittich.

Genossen! Sorgt für zahlreich Besuch der Versammlungen.
Das Wahlkomitee.
NB. Alle die Reichstagswahl im 12. und 13. Wahlkreis
behandelnden Versammlungen werden an dieser Stelle bekannt
gegeben. Für rechtzeitige Anmeldung der Versammlungen außer-
halb des Stadtbezirks haben die Genossen selbst zu sorgen. Etwaige
Reklamationen sind sofort an E. Grenz, Mittelstraße 7,
zu richten.

Achtung, Schmiede!

Sonnabend den 4. Juni abends 7/9 Uhr
Oeffentl. Versammlung
im Saale der Flora, Windmühlenstr.

Tagesordnung: 1. Die politische und die wirtschaftliche Lage für die Arbeiter.
2. Stellungnahme zu dem Sommervergügen. 3. Gewerkschaftliches. D. G.

Arb.-Sängerbund „Vorwärts“

Leipzig und Umgegend.

Sonntag den 5. Juni abends 7/9 Uhr

Bundes-Probe

im Coburger Hof, Windmühlenstr.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

C. Schuberts Augustusbud, Leipzig, Poststr. 15

Gegründet 1872. [3733]

Bei allen Orts-, Vereins-, Betriebs- und Innungsvereinen zugelassen
und für deren Mitglieder ermäßigte Preise. Prospekt gratis.
Restaurant O. Schindler, Kräftiger Mittagstisch bei musikalischer Unterhaltung zu 50 Pfg.
Sternwartenstraße 18. [inkl. Bier. Täglich Freikonzert von vorm. 11 Uhr ab.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Morgenstern in Leipzig.

Anfertigung
von
Drucksachen zur Reichstagswahl.
Flugblätter in grossen Auflagen, Stimmzettel
in denkbar kürzester Frist.
Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung
G. Heinisch.

Konsum-Verein L.-Connwitz u. Umg.

(Eingetr. Gen. m. beschr. Haftpflicht.)

Wegen Inventur bleibt unser Special-Geschäft für
Schnittwaren in L.-Connwitz, Borna'sche Straße,
Dienstag den 7. bis Donnerstag den 9. Juni
geschlossen. Der Vorstand.

Geehrten Gewerkschaften u. Vereinen
empfehle meine stets sauberen Räume zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Anerkannt gute Biere und große Auswahl in Speisen. [5293]
Bürgerlichen Mittagstisch inkl. Suppe 40 Pfg. In Leitung W. Spiess.

Pantheon. Ballmusik.

Morgen sowie alle Freitage
Ergebenst ladet ein
J. Munkelt.

Restaurant Kaufhalle

Zimmerstraße L.-Plagwitz Zimmerstraße.

Nächsten Sonntag von vormittags 11 Uhr ab

Grosses Frühschoppen-Konzert.

Nachmittags von 3 Uhr ab

Grosses Familien-Bier-Konzert

mit neuen Liedern, Humor, Klavierspiel etc.
Jeden Freitag und Sonnabend von abends 8 Uhr ab
Pökel-
schweinsknochen mit Klößen und Sauerkraut. [5293] Dazu
große humoristische Unterhaltungsmusik.

Skattische stehen im Gesellschaftszimmer bereit.
Hochachtungsvoll Eugen Schubert.

Billigste Bezugsquelle! Verlaufe sämtliche Kinder-
wagen und Korbwaren
selbst von Fachleuten zu anerkannt billigsten Preisen.
Reform-Kinderwagen Mk. 13.—
Reisekörbe 2.75
Tragkörbe 2.50
Leiterwagen 3.—
Kinderkörbe 2.75
Gebrauchte Kinderwagen werden in eigener Werkstatt
eleganter vorgerichtet. [8112]
Hauptgeschäft: Reudnitz, Senefelderstr. 1
Filiale: Sellahausen, Wurzenstr. 59
Moritz Winkler.

mit 10 Proz. Rabatt
mit 10 Proz. Rabatt
Nur durch grossen Bezug
aus ersten Fabriken kann ich jede
Taschen-Uhrfeder
garantiert u. nachweislich erste Güte
für 75 Pfg. einlegen.
Für Haltbarkeit 3 Jahre Garantie.
Die alte (zerbrochene) Feder wird sofort
zurückgegeben. [8978]
M. Kemski
Rärnberger Str. 6
Specialgeschäft für Uhren.

Empfehle mein großes Lager [2043]
Kinderwagen, Leiterwagen
Korbwaren
unter Garantie der Dauerhaftigkeit und billigste Preise.
Hochfeine englische Kinderwagen von 18.50 Mk. an.
Alle Wagen werden wie neu vorgerichtet.
Buchhändlerkörbe, sowie sämtl. Geschäftskörbe von Rohr und
Weide, werden nach Maß angefertigt.
Fahrgebl. für die elektrische Bahn von Borsdorf wird vergütet.
Ad. König, Leipzig, Querstraße 17.

Connewitzer Möbel-Halle

von [4614]

Moritz Freyer

L.-Connwitz, Ede Borna'sche und Stöckertstraße

empfeht alle Möbel, Spiegel und Polsterwaren unter Garantie zu den
billigsten Preisen. Transport frei.

Grösste Möbelhalle der Südvorstadt. 8 Schaufenster.

Altes Gold lautz. höchst. Breiten
Uhrmacher Becker,
Ranf. Steinweg 88.
Bettstellen mit Matratzen von 24 Mk.
an. Alle anderen Möbel billigst.
Lendel, Lindenau, Hermannstr. 18.

Morgen Schlachtfest.

Von früh 7/8 Uhr an Weißfleisch.
P. Fichtner, Eugelsdorf.

Morgen Freitag Schlachtfest.

Von früh 7/7 Uhr an Weißfleisch.
E. Vectors, Zaubertweg 16.

Gasthof Mülkau. [4548]
Werden Gesellschaften etc. empfehle meine
gute Küche, Lokalitäten, prächt. Garten,
Saal mit schönen Nebenküchen zur Ab-
haltung von Sommer-Festlichkeiten zu
den kulantesten Bedingungen unter Zusiche-
rung bester Bedienung. Herm. Schmidt.

Cigarren, Cigaretten

und Tabak empfiehlt [2198]

E. Kriebler, L.-Plagwitz

Weissenfischer Str. 61, Ede Ruhlenstr.

NB. Abonnements auf die Volkszeitung
werden jederzeit entgegen genommen.



Edmund Störzner

L.-Plagwitz, Bismarckstr. 20

empfeht sein großes Lager in

Fahrrädern feinsten Marken

Reelle Bedienung. [8925]

Strassburger Hutbazar

Grimaldischer Steinweg 15

Windmühlenstrasse 24

Peterssteinweg 3.

Grösstes Lager

in

Hüten, Mützen, Schirmen.

Strohüte.

Fahrräder

nur erstklassige feinste deutsche Marken.

Herren-, Damen- u. Jug.-Maschinen.

Mässige Preise. — Kulantest. Bedingungen.

F. Hünemörder, Land. Str.

(vis-à-vis Battenberg.) [8271]

Einem grossen Vorrat
Kleiderschränke, Küchenschränke, Kommoden, Bettstellen, Matratzen, Vertikal, Sofas, Divans, Kinderwagen
gebe einzeln mit kleiner Anzahlung
und wöchentlich Abzahlung
von 1 Mk. an ab

N. Fuchs

Kurprinzstraße 13, 1. St.

Möbel

Spezial u. Polster

Ausführung zu aussergewöhnlich billigen
Preisen empfiehlt [9740]

Hermann Dietrich, Tischlerstr.

Lindenau, Merseburger Str. 83.

Billig! Billig! 25 Sofas

[2119]

Sind einzeln mit 5 A Anzahlung
und wöchentlich 1 A Abzahlung
abzugeben. [2119]

S. Oswald, Königsplatz 7, 1.

gegenüber der Markthalle.

1. Beilage zu Nr. 124 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag den 2. Juni 1898.

Ans Sachsen und den Nachbargebieten.

Zur Wahlbewegung. Im 28. Wahlkreise beginnen die alten bekannten Praktiken, die seiner Zeit zur Ungültigkeitserklärung der Wahl des Amtshauptmanns v. Polenz geführt haben, von neuem. Am vergangenen Sonntag sollte Genosse Gerlich in Pausa im Garten des Thüringer Hofes über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen. Der Garten besitzt zwei Ausgänge, ist von drei Seiten mit Mauern und auf der vierten Seite mit einem Hause umgeben. Der Amtshauptmann der letzteren Seite hatte ausdrücklich seine Zustimmung zur Abhaltung einer Versammlung gegeben. Unter dem frischen Eindruck der Ungültigkeitserklärung der Wahl des Herrn v. Polenz wurden denn auch bei der Nachwahl im Jahre 1894 die Versammlungen in diesem Garten anstandslos genehmigt. Die für vergangenen Sonntag geplante Versammlung wurde dagegen vom Herrn Amtshauptmann v. Polenz wegen dringender Beschäftigung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit verboten. Herr v. Polenz, der durch seine Thätigkeit im 22. und 23. Wahlkreise außerordentlich viel dazu beigetragen hat, daß uns diese beiden Kreise zufielen, scheint ein unheimliches Verlangen danach zu empfinden, bei der Wahlprüfungscommission des Reichstages noch bekannter zu werden, als er es ohnehin schon ist.

Dresden, 1. Juni. Acht Vorstandsmitglieder der hiesigen freien Hilfskasse für Kaufleute sollten sich gegen § 12 des Krankenkassengesetzes vergangen haben, weil sie mit dem Ausziehen von Sähen nicht einen approbierten Arzt, sondern den Zahnarzt Dr. H. betraut hatten. Zunächst erhielten die Herren Strafbefehle, lautend auf je 5 Mk., während das Schöffengericht ein freisprechendes Urteil fällte, das von der Staatsanwaltschaft mit dem Rechtsmittel der Berufung angefochten wurde. Der Gerichtshof zweiter Instanz bestätigte das frühere Urteil und führte in den Entscheidungsgründen aus, daß sich in der Regel ein approbierter Arzt nicht mit Zahnausziehen befasse, sondern diese nur Heilpersonen niederen Ranges überlasse. Man müsse daher das Zahnausziehen zu den straflosen Ausnahmefällen rechnen.

Genosse Brückner in Deuben wurde seiner Zeit vom Schöffengericht zu 15 Tagen Haft verurteilt, weil er vom Brigadier Zeugung als einer derjenigen denunziert worden war, welche gedruckte Vorkaufzettel gegen den Wagnerschen Wollhof in Couverts durch die Post an Deubener Geschäftsleute geschickt haben soll. Brückner bestritt das ihm zur Last gelegte und legte Berufung gegen das Urteil ein. Das Landgericht verwarf die Berufung. Als Beweis genügte dem Gericht das Urteil eines als Sachverständiger zugezogenen Schriftensvergleichers, der die Aufschrift eines bei Brückner vorgefundenen Couverts mit der auf den verschiedenen Couverts als identisch erklärte, und — die bekannte, lebhafteste Thätigkeit Brückners für die sozialdemokratische Partei. Ein Weisungsantrag des Verteidigers, einen zweiten Schriftensvergleichenden vorzuladen, wurde abgelehnt, da der Thatbestand als „genügend geklärt“ erschien. (1?)

Grimmitzsch, 1. Juni. Der Maschinenschlosser Elke ist vom hiesigen Schöffengericht wegen verschiedener angeblicher Beleidigungen der Polizei sowie der Direktoren und Aktionäre der hiesigen Maschinenfabrik, die er während des letzten Streiks in dieser Maschinenfabrik in Streikversammlungen gehalten haben soll, zu einer Gefängnisstrafe von 12 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches wurde dem Angeklagten nicht zugestanden, weil der Streik nicht seine Interessen berührt habe und er keine Verpflichtung habe, sich andere einzutreten. Der Verteidiger wies darauf hin, daß Elke zwar nicht von den formellen Beleidigungen entlastet werden könne, daß aber auch berücksichtigt werden müsse, daß bei seiner mangelhaften Schulbildung sein Klient den rechten Ausdruck nicht zu finden vermochte. In der Urteilsbegründung bezeichnete der Amtsrichter Krüske die Äußerungen Elkes als Frechheit und bodenlose Frechheit. Es wäre etwas anderes, meinte er, wenn wir in Amerika lebten, da könnten die Arbeiter dies sagen. Diese Begründung des Urteils erscheint uns doch etwas sonderbar.

g. Zwickau, 31. Mai. Die für heute vormittag 11 Uhr auf das Schlegelsche Grundstück in Steu einberufene Volksversammlung, in welcher unser Kandidat W. Stolle über die Reichstagswahlen sprechen sollte, ist von der hiesigen Amts-

hauptmannschaft verboten worden. Das Grundstück sei zu eng begrenzt, auch nicht genügend abgegrenzt, dann sei auch Verlesung zu erwarten. Das betr. Grundstück liegt an einem Bauernweg, einige Minuten von der nächsten Fahrstraße entfernt und zudem haben die benachbarten Besitzer dem Einberufer die Einwilligung zu der Versammlung gegeben. Nächsten Sonntag soll an demselben Orte wieder eine Versammlung einberufen werden, das Grundstück wird bis dahin eingezäunt. Zwei Versammlungen sind früher dort erlaubt worden.

es. Reichenbach i. V., 1. Juni. Im benachbarten Brunnen kamen dieser Tage nachts einige junge Leute in feindselige Verührung mit dem Schutzmann. Letzterer zog blank und brachte in der Verfolgung einem Arbeiter eine Stichwunde am Unterarm und eine Verletzung des Daumens bei und ließ ihm beinahe das Ohr ab. Ein Arzt legte die Verbände an und ordnete seine sofortige Ueberführung in das Kreiskrankenhaus Zwickau an. Der Gemeindevorsteher ist vorläufig seines Amtes enthoben.

Dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

m. Wurzen, 1. Juni. Die Wahlbewegung ist jetzt in vollem Gange. Der Kandidat der sogenannten Ordnungspartei, Agrarier Haus, Dahlen, wird in diesen Tagen in mehreren Versammlungen sprechen, auch wird ein Flugblatt in nächster Zeit erscheinen. Auch der Durchfallskandidat der freisinnigen Volkspartei, Schmidt, geht mit Eifer aus Werk. Charakteristisch ist, daß die unabhängigen Neuen Wurzener Nachrichten Propaganda machen für Schmidt. Bei diesen Leuten scheint öfters eine Wauerung mit der Besinnung einzutreten. Der Donnerstagsnummer dieses Blattes wurde ein Flugblatt der freisinnigen Volkspartei, betitelt: Sozialdemokratie und Freisinn, beigelegt. Das Flugblatt ist voll von albernen Verdächtigungen unserer Partei. Um so eifriger wird von unserer Partei gearbeitet. An den Feiertagen wurde ein polnisches Flugblatt verbreitet, dem sich in den letzten Tagen noch andere anschließen werden. Gegen 25 Versammlungen sind noch von uns geplant und sind demnach die besten Aussichten vorhanden.

Wahlfonds. 8. Dultung.
Gen. N. F. 20.— Mk. Kapdörf, „Brauo“ — 60. Wurzener Genossen 7.80. Liste 74. Sächsische Bronzwarenfabrik 24.00. Ueber-schub v. Flugblattverteilung, Tour Lüptitz-Kapdörf — 31. Gegner der Aufhebung der Kurzfreiheit 5.—. Von den Radfahrertouren 7.50. Vom N. C. b. G. F. 75.—. Grimma, Liste 61, b. Gen. Kieger 5.—. Grimma, Liste 62, b. Steinarbeiter 1.50. Grimma, Liste 64, b. Former Göttern 7.95. Otschag, Liste 48, b. Gen. Krämer 12.80. Dahlen, Mafsezeitung 3.20. Dahlen, Mafsezeitung 2.70. Dahlen, Liste 8, b. Gen. Hagerorn — 20. Dahlen, Liste 9, b. Gen. Hagerorn 3.75. Dahlen, Liste 10, b. Gen. Hagerorn 4.05. G. W., Körtz — 50. G. St., Wurzen — 20. Gen. R. Müllers — 50. Ungenannt — 20. Ein Wurzener und ein Falkenhäuser Genosse 1.20. Weichen 1.—. Aus der engen Gasse — 50. Gold Tippe — 25. **Summa: 186.50 Mk.**
A. H.

m. Dahlen, 1. Juni. Gestern fand hier im Garten des Herrn Heiler eine imposante öffentliche Volksversammlung statt. Es mochten gegen 400 Personen anwesend sein. Leider konnte der Referent, Genosse Schriftsteller Manfred Wittich, nicht zur rechten Zeit anwesend sein. Genosse Fleischer führte deshalb den Anwesenden vor Augen, was die bevorstehende Reichstagswahl zu bedeuten hat. Seine einstündigen Ausführungen fanden bei der Versammlung lebhaften Beifall. Genosse Muder kennzeichnete ab dann das feige Gebahren unserer Gegner, auch die Freisinnigen erhielten die gebührende Kennzeichnung. Inzwischen war der Referent, Genosse Wittich, noch eingetroffen; er entledigte sich in seiner wirksamen bekannten Weise noch seiner Aufgabe. Seine einstündige Rede schloß er unter lebhaftem Beifall. Von den zahlreich erschienenen Gegnern meldete sich niemand zum Wort. Der überwachende Beamte verbot eine Zeller-sammlung zur Deckung der Unkosten.

Gotha, 1. Juni. Während des Tischlerstreiks sollen 10 Ausländische groben Unfug durch Postenstehen verübt haben. Sie erhielten Strafbefehle über 20 Mk. event. 10 Tage Haft; einer ist sogar mit 20 Tagen Haft bedacht worden. Da selbst nach dem Urteile des hiesigen Oberlandesgerichts vom 12. Mai in Hamburg bloßes Postenstehen kein grober Unfug ist, so werden die Uebeltäter gerichtliche Entscheidung beantragen.

Die erste Generalversammlung des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands

wurde am Pfingstmontag in Frankfurt a. M. abgehalten. Anwesend sind 9 Delegierte. Nach dem Bericht des Vorsitzenden zählt der Verband 337 Mitglieder. Vom 1. Juli 1897 bis 31. März 1898 betragen die Einnahmen 2713.18 Mk., die Ausgaben 2420.78 Mk., so daß ein Kassensaldo von 288.40 Mk. verbleibt.

Auf Antrag von Josephson (Hamburg), der über Agitation referiert, wird folgende Resolution angenommen:

Die Bevollmächtigten in den größeren Städten sind verpflichtet, die Agitation innerhalb ihres Ortes im Einvernehmen mit dem Vorstande zu betreiben und den Kollegen in den kleineren Plätzen mit Rat und That zur Seite zu stehen.

Zur Organisationsfrage beantragt Wolf (Frankfurt) folgende Resolution, die einstimmig angenommen wird:

Die Generalversammlung des C. V. b. G. u. G. D. ist der Meinung, daß sich die Form der Centralisation durchaus bewährt hat und hält es im Interesse des wirksamen und kräftigen Zusammenarbeitens für die Pflicht der auf gemeinschaftlichem Boden mit dem Centralverbande, aber noch abseits stehenden Organisationsgruppen, sich dem Verbande anzuschließen.

Ueber unsere Forderungen referiert an Stelle des verhinderten Dr. Quard, Wolf (Frankfurt). Er schlägt ein Agitationsprogramm vor, das nach zweistündiger Diskussion einstimmig angenommen wird. Darin wird gefordert:

1. Einführung des gesetzlichen Achtstundentages: Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden bei Festsetzung eines Uebergangsstadiums.
2. Obligatorischer Fortbildungsschulunterricht während täglich zwei Stunden des Vormittags für Angehörige unter 18 Jahren.
3. Vollständige Sonntagsruhe von mindestens 36 Stunden.
4. Gesetzliches Verbot aller Abzüge vom Gehalt außer derjenigen für Versicherung; bessere Anpassung der Versicherungs-gesetze an die Bedürfnisse der Handlungsgehilfen.
5. Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte im Anschluß an die Gewerbeämter unter Hinzuziehung von Gehilfen.
6. Handelsinspektion nach Art der Gewerbeinspektion und im Anschluß an diese.
7. Verbot der Konkurrenzklause.
8. Gesetzliche Verpflichtung des Prinzipals, das Gehalt während militärischer Uebung des Gehilfen diesem bis zu sechs Wochen weiter zu zahlen.

Weiterhin wird beschlossen, den Sitz des Verbandes in Hamburg zu belassen, die Stellenloshilfe einzuführen und zwar in Höhe von 1 Mk. pro Tag auf die Dauer von acht Wochen nach zwölfmonatlicher Karenzzeit. Rechtschutz soll nach dreimonatlicher Karenzzeit gewährt werden.

Die Generalversammlung soll alle zwei Jahre abgehalten werden. Zum Vorsitzenden des Verbandes wird G. Segnit (Hamburg), zum Redakteur des Verbandsorgans W. Josephson (Hamburg) gewählt. Ferner wird beschlossen, den nächsten Gewerkschaftskongress durch einen Delegierten zu beschicken.

Internationaler Formerkongress.

Erster Verhandlungstag.

Kopenhagen, 30. Mai.

Der Vorsitzende des dänischen Formerbundes eröffnete den Kongress gestern vormittag im Kopenhagener Volkshaus. In seiner Eröffnungsrede hob er hervor, daß die Kämpfe des letzten Jahres bei den dänischen Kollegen den Wunsch nach einer internationalen Verständigung erweckt hätten. Er hoffe, daß der Kongress Mittel und Wege finden werde, die bei großen Streiks sofort ein einheitliches Vorgehen ermöglichen.

Vertreten sind Deutschland durch 8 Delegierte aus Berlin, Leipzig, Düsseldorf, Altona-Ottensen, Hannover, Stettin und Albed, Frankreich durch drei, Schweden, Norwegen und Oesterreich durch je einen Delegierten. Der italienische Delegierte ist nicht eingetroffen, da er von der italienischen Delegation verabschiedet worden ist. Der Delegierte Ungarns wurde 5 Tage vor seiner Abreise verhaftet. Seinen Stellvertreter hat man mit der Ausstellung der Legitimationspapiere solange hingehalten, bis er nicht mehr rechtzeitig eintreffen konnte. Holland und Belgien haben keine Vertreter entsandt, erklären sich aber mit den Beschlüssen des Kongresses von vornherein einverstanden. Dänemark ist durch 7 Delegierte vertreten.

Zur Geschäftsordnung wird eine Resolution angenommen, die den Gang der Verhandlungen regeln soll.

Darauf wird in die Verhandlung des ersten Punktes: Internationaler Regelung der Streiks eingetreten. Nachdem die Berichterstatter der einzelnen Nationen die Ansichten ihrer Länder dargelegt haben, wird die Sitzung um 6 Uhr geschlossen.

Kleine Chronik.

Leipzig, 2. Juni.

Altes Theater. (Mittwoch, 1. Juni. Cornelius Vos, Lustspiel in 4 Akten von Franz von Schönthan.) Gestern stellte sich im Alten Theater ein junger Schauspieler vor, der danach strebt, in Leipzig ein Engagement zu bekommen. Er hatte sich bei seinem ersten Auftreten keine Rolle ausgesucht, die sein Können und seinen künstlerischen Geschmak in günstiges Licht stellte. Es ist immer schlimm, wenn ein Schauspieler, der Engagement sucht, wie gestern Herr Grelle vom städtischen Theater in Gera, sich zum erstenmal vor dem neuen Publikum in einem Stücke zeigt, das keinen künstlerischen Maßstab vertritt. In einem Schwank, wie dem des Herrn v. Schönthan, wird ja dem Schauspieler nicht die Aufgabe gestellt, die ihm die höchste sein soll, einen Menschen darzustellen, sondern er hat lediglich eine Figur für einige Zeit lebendiges Leben einzufügen. Herr Grelle spielte die Rolle des Prinzen Kurt von Schönlingen-Glaushal, eines bekannten Schwanzhelfers, der in den ersten Szenen arg lieberlich erscheint, aber sofort lämmchenrein wird, sobald er sich verliebt. Die Figur ist unmöglich und farblos dazu. Herr Grelle bemühte sich nicht, sie individuell auszugestalten und wurde hier von seiner Partnerin Fr. Koll weit übertroffen, die ihren Backfisch mit der fertigen Gewandtheit einer routinierten Schauspielerin mit allerhand kleinen Zügen ausstaffierte. Auch Herr Körner als der alte, dübelhafte, dumme Diplomat Graf von Bernwald war dem Gaste in flotter Darstellung weit überlegen. Dagegen war es erfreulich, daß Herr Grelle ohne Uebertreibungen spielte und namentlich einfach und natürlich sprach. Ein abschließendes Urteil über die künstlerischen Fähigkeiten des Gastes wird man erst fällen können, wenn er Rollen durchgeführt hat, die wirklich künstlerische Anforderungen an den Schauspieler stellen. Solange ist ihm gegenüber die Reserve berechtigt, die das wenig zahlreiche Publikum gestern bewahrte.

Genrik Ibsen hat in Christiania auf einem Fest, das der dortige Frauenverein zu seiner Ehre und zur Ehre seiner Frau veranstaltete, eine kleine Rede aus dem Stegreife gehalten, die für den alten Herrn bezeichnend ist. „Alles, was ich dichtet habe,“ sagte er, „ist nicht von einer bewußten Tendenz ausgegangen. Ich bin mehr Dichter, weniger Sozialphilosoph gewesen, als man im all-

gemeinen zu glauben geneigt ist. Ich habe niemals die Frauenfrage als eine Frage an und für sich betrachtet, sondern immer als eine Menschenfrage, nicht als eine Frauenfrage. Es ist sicher wünschenswert, die Frauenfrage neben den anderen Fragen zu lösen, aber das ist nicht die ganze Absicht gewesen. Meine Aufgabe war die Menschenschilderung, ist diese aber einigermaßen treffend, dann legt der Leser seine eigenen Gefühle und Stimmungen hinein und schreibt sie dem Dichter zu. Man dichtet des Dichters Werk um. Denn nicht allein die, die schreiben, sondern auch die, die lesen, dichten; sie sind Mitdichter. Oftmals sind sie noch poetischer, als der Dichter selbst. Für mich stand es allezeit als eine Aufgabe, das Land zu heben und dem Volk eine höhere Stellung zu geben. Bei dieser Arbeit machen sich zwei Faktoren geltend; es gilt für die Mütter, durch langames und angestrengtes Arbeiten ein bewußtes Gefühl von Kultur und Disziplin zu erwecken. Dies muß bei den Menschen hervorgerufen werden, ehe man das Volk weiter heben kann. Die Frauen werden die Menschenfrage lösen, sie müssen es als Mütter thun. Darin liegt eine große Aufgabe für die Frauen.“

Abgesehen von der Art, wie Ibsen hier sein Schaffen charakterisiert hat, ist die Art, wie er zur Frauenfrage Stellung nimmt, von nicht geringem Interesse. Die Sprecherinnen der bürgerlichen Frauenbewegung, die Ibsen gern als ihren Vorkämpfer in Anspruch nehmen, sind nicht wenig darüber verärgert gewesen, daß der alte Dichter nachdrücklich auf die Mütter hingewiesen hat. Der Schnupfen stellte sich natürlich erst nach dem Fest ein. Als der Dichter sprach, thaten die Damen sehr begehrte.

Professor Friedrich Geseff, ein sehr geschätzter Berliner Maler, namentlich bekannt geworden durch die Wandgemälde im Berliner Zeughaus, soll nach einem Telegramm des Berliner Tageblatts aus Rom, wo er sich seit Jahren aufhält, verwundet sein. Die Nachforschungen der Polizei seien bisher erfolglos gewesen. Geseffs Alter ist 68 Jahre alt.

Ein seltsames Menu. Im letzten Fest der Zukunft ist zu lesen: „Was ist ein ‚seltsames Menu‘? Im Lokalanzeiger von fünfundsiebzigsten Mai war auf diese unheimlich interessante Frage die Antwort zu finden. Als der Kaiser neulich das Truppenlager in Döberitz besuchte, frühstückte er im Kasino mit den Offizieren der zum Manöver berufenen Brigade. Die Tafel war reichlich mit Blumen geschmückt und vor dem Sitz des Kaisers lag ein prachtvolles Blumenkissen mit einem aus kostbaren und seltenen

Rosen gebildeten Kranz. Zu essen gab es: Kraftbrühe mit Mart, geschmortes Lammfleisch mit Kohl, Schmorbraten, Eierkuchen mit allerlei Gemüsen, eingemachten Früchten und verschiedenen Salaten, Fürst Pückler-Eis, Butter, Käse und Kaffee; dazu war eine Riesensowle angelegt. Dieses Menu, so lasen die Berliner Kleinbürger im Lokalanzeiger, war „einfach und selbstmäßig.“

Neue Orden. Es ist ganz gerechtfertigt, daß die Preußen sich von den Sachsen nicht wollen lumpen lassen. Sachsen braucht doch nichts vor dem großen Preußen voraus zu haben. Nun giebt es im Sachsenlande eine Weibaille, an grünem Bande zu tragen, die Arbeiter nach 30-jähriger Dienstzeit für treue Dienste verdienen. „So was können wir uns auch leisten“, sagen die Preußen mit Recht, und der Deutsche Papierindustrie-Verein hat denn tatsächlich auf seiner letzten Generalversammlung in Berlin eine solche staatliche Auszeichnung auch für Preußen vorgeschlagen und den Vorstand beauftragt, sich über ähnliche Einrichtungen in anderen Staaten zu unterrichten. Da Papierfabrikanten wissen, daß die Herstellung von Rotlilienorden gewinnbringend ist, kann es nicht verwundern, daß gerade sie sich für neue Orden interessieren.

Der König von Siam hat seinen Minister Tschau Mei wegen Vernachlässigung seiner Amtspflichten seines Postens enthoben. Das Entlassungsdekret lautet: „Mein Minister Tschau Mei ist seines Postens enthoben worden und es sollen ihm daher alle seine Orden und Ehrenzeichen abgenommen werden. Auch soll ihm zur Erhaltung seiner Gesundheit der Part ab-rasiert werden. Sieben Tage nach dieser Partabnahme soll er dazu verhalten werden, Heu für die heiligen Elefanten zu mahlen, welche Arbeit er bis zu seinem Todestage fortzusetzen hat.“

Ein praktischer König, der so die Pension spart und dem Entlassenen eine nützliche Beschäftigung anweist. Und wie muß den „heiligen Elefanten“ das Heu schmecken, wenn sie hören, daß es ihnen ein Minister gemäht hat!

Zeitschriftenstatistik. Nach dem kürzlich im 38. Jahrgange erschienenen Sperlingschen Adreßbuch der deutschen Zeitschriften und der politischen Tagesblätter für 1898 bezieht sich die Anzahl der gegenwärtig erscheinenden deutschen Zeitschriften (Wochen-, Monats- u. Wäster jeder Art) auf 4571, gegen 4327 im Jahre 1896, 4033 im Jahre 1895, 3829 im Jahre 1894, 3742 im Jahre 1893 und 3536 im Jahre 1892. Im letzten Jahre ist eine Zunahme um 244 und seit 1888 eine um 1842 Blätter zu verzeichnen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. Juni.

Mit den Wohlthaten der deutschen Arbeiterversicherung
schlägt die gesamte reaktionäre Presse Lamtam. Die Quelle eines extra dazu präparierten Artikels ist die amtliche Berliner Korrespondenz, die das Bedürfnis zu haben scheint, in der Wahlagitatio ihre Daseinsberechtigung nachzuweisen. Das Zahlenmaterial, das dabei aufmarschirt, soll die „großen Opfer“ des Unternehmertums für die Arbeiterversicherung ins hellste Licht rücken und die sozialdemokratischen Urteile über diese Sozialreform widerlegen. Wir möchten diesen Versuchen gegenüber noch einmal citieren, was in der Reichstagsfassung vom 5. Mai der sozialdemokratische Abgeordnete Schippel zu diesem Gegenstand ausführte. Er sagte:

Wir haben bei der Krankenversicherung — wenn ich die Hilfskassen abziehe, wo die Arbeiter alles zahlen — 6,8 Millionen versicherte Arbeiter, ferner 104 Millionen Mark Beiträge. Ein Drittel davon zahlen die Unternehmer; das macht also noch nicht 35 Mill. Mark, die bei der Krankenversicherung die Unternehmer bezahlen. Das macht auf den Kopf des Arbeiters durchschnittlich 5 Mk. jährlich. Gehen Sie zur Unfallversicherung über. Da zahlen die Unternehmer alles. Da haben wir 18,4 Millionen versicherte Arbeiter, da haben wir — die Ausgaben zum Reservefonds und alles mitgerechnet — 68,4 Millionen Mark Ausgaben. Das macht auf den Kopf des Arbeiters 3 1/2 Mk. Bei der Alters- und Invalidenversicherung haben wir 11 1/2 bis 12 Millionen Versicherte, daneben 95,4 Millionen Mark Beiträge. Hierbei zahlt der Unternehmer die Hälfte und der Arbeiter die Hälfte; das macht also für die Unternehmer einen Beitrag von 47,7 Millionen, also für den Kopf des Arbeiters noch nicht 4 Mark. Nun rechnen Sie einmal diese „ungeheuren“ Lasten zusammen: das sind im ganzen 12 bis 13 Mark Belastung pro Kopf des versicherten Arbeiters. Und darüber weiß ein Lohn, deswegen tagtäglich die Verwahrung, daß man der Industrie noch mehr Lasten auferlegt 12 bis 13 Mark jährlich für das Kapital, und der Arbeiter, dem man 30 und mehr Mark durch die Broterleichterung aufhals, soll dann ruhig und geduldig sein Opfer bringen und soll dagegen nicht Widerspruch erheben?

Die ganze Verlogenheit der reaktionären Wahlmacht zeigt sich übrigens in dem dem offiziellen Wochenspiegel angehängten Nachsatz: „Der Ausbau der bestehenden sozialpolitischen Gesetze dürfte das sozialpolitische Ziel der nächsten Zukunft sein.“ Von dem Reaktionären denkt kein Mensch an einen solchen Ausbau. Als Herr Hasse vor einigen Wochen seine Programmrede hielt, wollte er von einem solchen Ausbau nichts wissen. Den Arbeitern seien vorläufig genug Wohlthaten erwiesen.

Das Leipziger Tageblatt ist seiner alten Gewohnheit, im Wahlkampf alle Kamellen auszugraben, treu geblieben. Unter dem Titel „Sozialdemokratische Selbstportraits“ bringt das Blatt heute eine Zusammenstellung alter Polemiken, die die Leipziger Volkszeitung vor Jahr und Tag mit anderen sozialdemokratischen Blättern zu führen hatte. Das Blatt will damit der Sozialdemokratie „wahrhaftig Gesicht“ zeigen. Das Tageblatt erinnert damit aber nur daran, daß die Sozialdemokratie innere Meinungsverschiedenheiten vor dem vollen Lichte der Öffentlichkeit behandelt, während die Nationalliberalen über alle inneren Differenzen den Schleier des Geheimnisses ziehen und ihre ganze Partei so der Fäulnis und Verwundung verfallt. Die Sozialdemokratie vertritt jede Kritik, ihr Parteischild ist rein — die Nationalliberalen, die immer eifrig bemüht sind, alle unangenehmen Sachen zu unterdrücken und zu leugnen, ist durch die durch forumpiert, ja sie haben bereits aufgehört, als einheitliche politische Partei zu existieren. Wo gäbe es eine Partei, die die Sozialdemokratie nicht um ihre geklärte innere Verfassung beneidet, die sie vor allem der öffentlichen Behandlung ihrer Parteiangelegenheiten verdenkt? Speziell die Nationalliberalen können sich an ihr ein Muster nehmen. Das wissen auch die Machter des Leipziger Tageblatts, aber es muß doch auf die verhassten Gegner geschmäht werden.

„Ich wähle nationalsozial!“ so beginnt ein Plakat, das heute angehängt worden ist und die ganze Weisheit des Herrn Max Lorenz enthält. Zur Erweiterung unserer Leser wollen wir das famose Ding wörtlich abdrucken:

Ich wähle nationalsozial!
Hütet Euch vor den Sozialdemokraten! Sie wollen in den Reichstag hinein, um dem deutschen Reiche alle Mittel zu verweigern. Sie sagen, daß kein Mann im deutschen Reiche nicht geholt werden kann, und wollen darum das deutsche Reich aus allen Kräften ruinieren, damit der „Zukunftstaat“ komme, von dem sie selbst nicht wissen, wie und was er ist. Steht zu Kaiser und Reich, dann werden Kaiser und Reich zu Euch stehen. Dafür kämpfen die Nationalsozialen. Sie vertreten im Gegensatz zu den sogenannten Ordnungsparteien mit ganzer Entschiedenheit die volle Koalitionsfreiheit, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Reichstagswahlrecht, sie vertreten die Arbeiterfrage, die mit dem Gedeihen des Reichs und mit der Blüte von Handel und Industrie untrennbar zusammenhängt. Die Sache des Arbeiters ist auch zugleich die Sache des Mittelstandes. Der Kunde des Handwerkers und des kleinen Kaufmanns sollte besonders die große Masse der Arbeiterschaft sein. Hat der Arbeiter Geld, hat's die ganze Welt. Reichstagswähler! Wählt am 16. Juni den nationalsozialen Kandidaten für Leipzig-Stadt, den Schriftsteller Max Lorenz.

Die Sozialdemokratie und nicht Militarismus, Marinismus und Weltpolitik ruiniert das deutsche Reich, hat es mit all den immensen Reichsschulden belastet! Wer nun noch nicht in Herrn Lorenz den richtigen Mann, der allein helfen kann, erblickt und ihn wählt, dem ist einfach nicht zu helfen.

Die Wahlparole der deutschen Eisenbahner. Der Bedarf der Eisenbahner, das Organ des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands, schreibt: Der Wahlkampf, in dem wir uns jetzt befinden, wird von Tag zu Tag heftiger. Der 16. Juni soll die Entscheidung über die Zusammensetzung des kommenden Reichstages bringen. Jeder Eisenbahner hat ein großes Interesse daran. Es gilt die heiligsten Güter der Nation zu verteidigen gegen den Ansturm der reaktionären Finstlerlinge, der Junker und Junkerknechte! In der That stehen die wenigen Volksfreiheiten, die wir noch haben, auf dem Spiel! Die Volksfeinde und Ausbeuter im Bunde mit allen bekannten reaktionären Gewalten haben es abgesehen auf die Beseitigung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts, auf die Beseitigung der Pressefreiheit, auf die Beseitigung des Vereins- und Versammlungsrechts. Die Reaktionäre aller Schattierungen, von den Junkern und Pfaffen bis zu den verworrenen Liberalen einschließlich der in allen Farben schillernden Antisemiten arbeiten an der Anechtung und Entziehung der großen Volksmassen.

Die Ausraubung und Ausplünderung der Arbeiter und des niederen Beamtenstandes soll für die Folge ungehindert vor sich gehen. Man will dem Ausgebeuteten schwere Ketten anlegen, auf daß er unantastbar den Ausbeutern wehrlos gegenüberstehe. Man will den Arbeitern und unteren Beamten die Organisationen zerstören, um sie um so leichter in das Sclavenjoch

zwingen zu können. Kurzum, die Ausbeuterbestie in jeglicher Gestalt will Ruhe beim Raubraub haben. Zum 16. Juni bedient Ihr Eisenbahner: Nur die allergrößten Kälber wählen ihren Wegher selber.

Darum wählt nur solche Volksvertreter, die sich verpflichten und durch ihre politische Vergangenheit und persönlichen Charaktereigenschaften die Gewähr dafür bieten, daß sie eintreten: Gegen jede Wahlrechtsverkümmern und für Verkürzung der Legislaturperioden, die eintreten für Gewährung des uneingeschränkten Vereins- und Versammlungsrechts, die insbesondere auch den in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und Beamten volle Bewegungsfreiheit garantieren. Das sind unsere Grundforderungen.

Für alle weiteren Allgemeininteressen wissen wir alsdann schon selbst in Gemeinschaft mit dem Volksganzen einzutreten, als da in Betracht kommt die Stellungnahme für Ausbau der Sozialreform, Beseitigung aller drückenden Steuern und unsinnigen Militär- und Flottenpläne, die Stellungnahme für Arbeiterschutz und gegen Arbeitervertrug. Zur umfassenden Wahrung aller ihrer Interessen bedarf die Arbeiterkraft eines modernen Staates der freiesten Koalitions- und Wahlfreiheit und sie muß sich auf jeden Fall diese Rechte zu behaupten und zu erkämpfen wissen, ansonsten ihr Ruin und Verfall mit tödlicher Sicherheit zu erwarten steht.

Darum, deutsche Eisenbahner, sei Euere Wahlparole: Nieder mit den Junkern, Junkerknechten und allen Heukern der Volksrechte! Hoch die volle Wahl- und Koalitionsfreiheit!
Wählt nur Männer des Volkes!

Die öffentliche Spruchstiftung des Landesversicherungsamtes vom 27. Mai beschäftigte sich u. a. auch mit folgender Angelegenheit: Der Arbeiter Eduard Umlauf in Leipzig-Neureuditz hat am 19. Dezember 1896 in einem zur Sächsischen Holz-Vereinsgenossenschaft gehörigen Betriebe durch einen Unfall den Bruch des rechten Unterschenkels erlitten. Nach Heilung des Bruches ist er auf Veranlassung der Genossenschaft noch in einem Leipziger medico-mechanischen Institute behandelt worden. Dort hat sich herausgestellt, daß er mit einem Herzleiden behaftet war. Zwei Tage nach seiner Entlassung aus dem Institute, am 21. Juni 1897, ist er an Herzschlag gestorben. Den Anspruch der Witwe auf Hinterbliebenenrente hatte die Vereinsgenossenschaft zurückgewiesen, da der Herzschlag Folge eines Herzfehlers gewesen sei, der mit dem Unfälle und der ärztlichen Behandlung in keinem Zusammenhange gestanden habe. Ihre Berufung hatte das Schiedsgericht nach Gehör eines ärztlichen Gutachtens verworfen. Auch ihr Rekurs hatte keinen anderen Erfolg. Das Landesversicherungsamt nahm nach Einholung eines anderweitigen ärztlichen Gutachtens als erwiesen an, daß das Herzleiden, an dem Umlauf gestorben ist, auf der Grundlage des bereits vorhanden gewesenem Leiden der Atherosclerose sich unabhängig von dem Unfälle und trotz der mit der Heilbehandlung verbundenen Veränderungen der Lebensbedingungen, die ein Fortschreiten der atherosclerotischen Prozesse eher hinauszuhalten geeignet gewesen seien, entwickelt habe.

In dem amtlichen Verzeichnis der Kaiserlich deutschen Konsulate, das jochen vom Auswärtigen Amt herausgegeben und im Verlage der Mittlerischen Hofbuchdruckerei in Berlin erschienen ist, wird auch diesmal im Interesse des Publikums darauf hingewiesen, daß es sich empfiehlt, Schreiben, in denen die amtliche Tätigkeit einer Konsularbehörde in Anspruch genommen wird, an das betreffende Konsularamt — die Adresse in lateinischer Schrift: Deutsches (General, Vice-) Konsulat — und nicht an die Person des Stelleninhabers zu richten. Die Nichtbeachtung dieses Hinweises kann zur Folge haben, daß Schreiben mit persönlicher Adresse, die einem aus dem Amte ausgeschiedenen oder für längere Zeit beurlaubten Konsul nachgeschickt werden, erst eine verspätete oder überhaupt keine Erledigung finden.

Arzte-Zünftlerisches. Ueber das Anbringen von ärztlichen Firmenschildern hat der ärztliche Bezirksverein Leipzig-Land folgende Beschlüsse gefaßt: Das Anbringen oder Behalten von Schildern an solchen Orten, wo ein anderer Arzt anfänglich ist, ist unzulässig. Für Spezialärzte, die im Innern der Stadt Sprechstunde abhalten, gilt diese Bestimmung nicht. In jedem fraglichen Falle ist die Genehmigung des Bezirksvereins einzuholen.

Die Leipziger Klempnerinnung wird sich vom 1. September 1898 ab, nachdem sie die kreishauptmannschaftliche Genehmigung hierzu erhalten hat, in eine Zwangsinnung umwandeln. Sie wird nicht nur die Stadt, sondern auch den amtshauptmannschaftlichen Bezirk Leipzig umfassen.

Dr. Hans Meyer, der bekannte Leipziger Forschungsreisende, der bereits 1889 den höchsten Berg von Afrika, den Kilimandscharo bestiegen hatte, wird in nächster Zeit eine neue Erforschung dieses Berges unternehmen. Er hat sich den bekannten Hochgebirgsalpen Ernst Blas aus München als Begleiter gesichert. Die Expedition ist auf ein halbes Jahr berechnet und hat vor allem wissenschaftliche Zwecke im Auge. Dr. Meyer will besonders die noch fast gänzlich unbekannte Nordseite des Kilimandscharo und die Vergletscherung des mächtigen, eisgefüllten Kraters durchforschen.

Selbstmord und Unfallstatistik für den Monat Mai 1898. Im hiesigen Stadtgebiet sind während des Monats Mai 14 Selbstmorde, 5 Selbstmordversuche und 3 Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen gewesen. Die Selbstmorde sind von 12 männlichen und 2 weiblichen Personen verübt worden. Davon haben sich 8 Personen ertränkt, 4 erhängt, 2 erschossen. 3 Personen versuchten sich zu vergiften, 2 zu ertränken. 1 Streckenwärter wurde beim Abgehen der Strecke von einem Zuge überfahren und getötet; das vierjährige Söhnchen eines Fabrikarbeiters fiel in der Nähe der Schleußiger Brücke beim Spielen in die Elster und ertrank; bei dem Versuche, eine 17jährige Verkäuferin zu retten, die in der Nähe des Scherbelberges in selbstmörderischer Absicht in die Elster gesprungen war, ertrank ein 47 Jahre alter Dienstmann.

Wahl für männliche Obdachlose. In der Zeit vom 21. bis 23. Mai haben 108 Personen vorgeschrieben, aufgenommen wurden 105, zurückgewiesen wurden 3.

Patentanmeldungen sächsischer Erfinder. Mitgeteilt durch das Patentbureau von Ed. Breslauer, Ingenieur und Patentanwalt, Leipzig, Goethestraße 7. Gegen diese Anmeldungen kann bis zum 30. Juli 1898 Einspruch erhoben werden. Kl. 15. Drucker: G. Klotz, Leipzig-Neureuditz, Verfahren zur Herstellung von Noten- und Druckplatten. — Kl. 49. Metallbearbeitung: Gebrüder Pöndorf, Göhrnis, S.-A., Selbstthätig fördernder Glühkörper für Metallpatronen- und -drücker. — Kl. 63. Sattlerei: Paul Gulben, Leipzig, Sattelstühle für Fuhrdrücker.

Wieder ein Todesfall infolge Milzbrandvergiftung.

Der 36jährige Arbeiter Bögel, wohnhaft in der Feldstraße in S.-Neuditz, ist im Krankenhause der schrecklichen Krankheit, die er sich an seiner Arbeitsstelle, einer Webstuhlspinnerei in S.-Volkmarzdorf, zugezogen, erlegen. Wann endlich werden denn die nötigen Schutzmaßnahmen gegen die tödliche Krankheit, der so viele Arbeiter und Arbeiterinnen zum Opfer fallen, ergriffen werden?

Wichtig vom Tode ereilt wurde gestern gegen Mittag eine 70 Jahre alte Frau in der Stephanstraße, als sie, die den Arm in der Hande trug, sich nach dem Krankenhause begeben wollte. Wahrscheinlich vom Schläge getroffen, sank die Bedauernswerte zusammen und schlug mit dem Kopfe so heftig auf, daß ihr das Blut aus dem Munde floss. An der Unfallstelle fand sie auch den Tod. Die Verschiedene wurde nach ihrer Wohnung in der Sternwartenstraße gebracht.

Leichenfunde. Am 26. Mai wurde im Pleißenfluß oberhalb der Streitholzbrücke der Leichnam eines unbekanntem, anscheinend dem Arbeiterstande angehörenden Mannes aufgefunden und polizeilich aufgehoben. Bekleidet war der Leichnam mit braunem Anzug, einem rot- und braungefärbten Hemde, braunen Unterhosen, einer blauen Unterjacke, einem Paar grauer Strümpfe, einem Paar Gummihosenträger, einem Leibriemen und einem Paar Schafstiefel. In den Taschen fand sich ein leeres Portemonnaie. — Am 30. Mai wurde ebenfalls der Leichnam eines unbekanntem Mannes, der auch dem Arbeiterstande anzugehören schien, in der Elster unweit des Schützenhofsteiges aufgefunden und polizeilich aufgehoben. Der Leichnam der etwa 45 Jahre alten Person, die mit grauem Teufelhomb, wollenen Strümpfen, brauner Cheviot hose, grauer Weste, gestrickter grüner Jacke und Stiefeln bekleidet war, kann in der Anatomie besichtigt werden.

Auffälliger Tod. Die 52jährige Geschäftsführer-Geshefrun, die sich am Pfingstheiligtage im Krankenhause aufzunehmen ließ und bald nach ihrer Aufnahme verstarb, ist nicht, wie jetzt festgestellt worden ist, an einer Phosphorvergiftung, sondern an Unterleibstypus, an dem die Frau seit einigen Tagen litt, verstorben.

Polizeilich eingezogen wurde ein 27 Jahre alter Markthelfer aus S.-Volkmarzdorf, der in einem Konfektionsgeschäft der inneren Stadt, in dem er trotz wiederholter Vorstrafen wegen Diebstahls Stellung gefunden hatte, sich erneut Diebereien hatte zu schulden kommen lassen.

Auf der Rennbahn kam es am 2. Pfingstfeiertag abends nach dem Rennen zu einem blutigen Rencontre. In der Weintanne trieben zwei Mitglieder des Rennklubs auf der Bahn allerlei Mötien, weswegen sie der Inspektor zur Rede stellte. Hieran schloß sich eine erregte Auseinandersetzung, in die sich auch einige Jockeys einmischten. Der Streit spielte sich nun im weiteren ausschließlich zwischen den letzteren und den beiden angeheulerten Rennklubmitgliedern ab und ging schließlich in Thätlichkeiten über, wobei einer der von den Jockeys Bedrängten mit einem Stoße eine breite Wunde über der Stirn erhielt, die stark blutete. In einer Drofsite wurden die beiden Rennbrüder vom Rennplatz weggebracht.

Ermittelter Fahrraddieb. Schon seit längerer Zeit waren hier und in der Umgegend eine große Anzahl wertvolle Fahrräder gestohlen worden. In Verdacht kam ein 22 Jahre alter Schreiber Karl Moritz Poller aus Plogwitz, der deshalb schon zweimal von der Polizei verhaftet und von der Staatsanwaltschaft in Untersuchung genommen, wegen mangelnder Beweise aber wieder entlassen worden war. Nunmehr hat sich aber der Verdacht derart verschärft, daß abermals zur Festnahme Pollers verfahren werden konnte. Seinem nunmehrigen eigenen Bugehörnisse zufolge hat Poller etwa 25 Fahrräder im Gesamtwerte von ca. 5000 Mk. gestohlen und sie zu Spottpreisen wieder verkauft.

Bebel in Leipzig.

In einer imposanten Versammlung im Sanssouci sprach gestern Genosse August Bebel. Es mochten 3000 Personen anwesend sein und Tausende fanden keinen Einlaß mehr. Die Polizei hatte den Saal wegen Ueberfüllung gesperrt.

Bebel, von den Versammelten stürmisch begrüßt, führte etwa folgendes aus: Obgleich uns nur noch zwei Wochen von der Reichstagswahl trennen, ist die Wahlbewegung namentlich unter den Gegnern noch eine sehr flau. Die Gegner sagen, es fehle uns an der Wahlparole. In keinem Wahlkampf habe es aber eine so wirksame Wahlparole gegeben wie in diesem. Die gemäßigten Presse wollte die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung von dem Ansturm gegen das Wahlrecht ablenken. Zumal in Sachsen haben die Arbeiter ihre Wahlparole. Sie wollen Rache nehmen dafür, daß man ihnen das Wahlrecht zum Landtage genommen, daß sie ausgeschlossen sind von jeder Vertretung im Bundtage. Das Volk wird seine Schuldigkeit am 16. Juni thun, da ja die gleiche Frage der Wahlrechtsverflechtung auf die Tagesordnung des nächsten Reichstages kommen werde, wenn der Reichstag dementsprechend zusammengesetzt sei. Die Ordnungsparteien bestreiten, daß das Wahlrecht in Gefahr sei, sie sagen aber auch kein Wort, daß sie das Wahlrecht schützen werden, weil sie sich sagen, laßt uns nur erst im Reichstage sein, dann werden wir machen, was uns gut dünkt. Daß der Reichsanzeiger ein zweites Dementi gegen die Aeußerung des Abg. Müller-Fulda erlassen, besagt gar nichts. Der Reichsanzeiger wird gedruckt von Leuten, die nicht verantwortlich sind. Solange die Regierung nicht mit ihrer Unterschrift erklären läßt, daß die Absicht nicht besteht, das Wahlrecht anzutasten, solange ist einem solchen Dementi nicht zu glauben. Wir sind durch Schaben klug geworden. Wir haben in den letzten Jahren Dementi nach Dementi im Reichsanzeiger gehabt und doch nicht immer in kurzer Zeit die Dinge verwirklicht worden, die bestritten worden waren. So bei dem Flottenplane. Glauben Sie, daß Müller-Fulda und Badem-Rölin eine solche Erklärung abgeben, wenn das nicht wahr wäre? Sie, die sie mit der Regierung Frühlung haben und an den parlamentarischen Dinners teilnehmen. Es ist kein Geheimnis, daß im Januar bei einer Zusammenkunft bei Miquel die Frage erörtert wurde, wie man dem Wahlrecht ein Ende machen könne. Wer glaubt denn, daß irgend eine Regierung noch Sympathien für das Wahlrecht habe.

Wenn beim Norddeutschen Bund das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht als Grundlage gegeben worden ist, so geschah es, um das Volk auszuföhnen. Sie wissen, daß gerade in Sachsen eine Wut gegen die Bismarcksche Politik herrschte, und die war auch in den meisten norddeutschen Staaten vorhanden. Daher mußte Bismarck ein Wahlrecht geben, das noch in keinem Bundesstaate bestand, um die Sympathie der Bevölkerung zu erwerben. Aus demselben Grunde ist dann bei Gründung des deutschen Reiches das gleiche Wahlrecht als Grundlage genommen worden. Aber schon damals waren es Mitglieder der nationalliberalen Partei, unter ihnen Sybel, die Bedenken gegen das Wahlrecht hatten, die Bismarck erst beschwichtigen mußte. Die Bedenken haben sich vermehrt, je mehr die Arbeiterkraft ihre politische Vertretung in der Sozialdemokratie gefunden hat. Denn die Sozialdemokratie im Reichstage ist schon oft das Hingelein an der Wage gewesen; ohne sie wäre z. B. der russische Handelsvertrag nicht so stande gekommen und eine ganze Reihe einschneidender Fragen nicht so entschieden

worden, wie sie entschieden worden sind. Das ist für die Regie- rung eine unangenehme Situation.

Man hat wiederholt versucht, die Sozialdemokratie zu verdrängen, so 1878 durch das Sozialistengesetz. Wenn es aber möglich wäre, mit Gewalt die Sozialdemokratie zu unterdrücken, dann hätte die 12jährige Dauer des Sozialistengesetzes den Beweis dafür erbringen müssen. Aber es war nichts damit, denn die Sozialdemokratie ist stets gewachsen trotz Ausnahmegesetze und sie wird am 16. Juni ein weiteres Wachstum zu verzeichnen haben. Und Leipzig hat an der Ausbreitung der sozialistischen Idee regen Anteil. In diesem Saale war es, wo die Begründung der sozialistischen Partei stattfand. Am 4. April 1868 sprach hier Ferdinand Lassalle. Ich war als junger Mann unter den Zuhörern. Damals wurde Lassalle verspottet und verlacht. Die Sozialdemokratie ist aber groß geworden mit der großartigen wirtschaftlichen Entwicklung. Wir leben heute in einer großen kapitalistischen Gesellschaft, wo ein kleiner Teil Besitzender von der Ausbeutung der Massen lebt, die nichts haben. Das ist der Nährboden für die Sozialdemokratie.

Bei den Wahlen spielt die Mittelstandspolitik eine große Rolle. Die Gegner versuchen, daß sie in der Lage wären, dem Kleinhandwerker zu helfen. Das sprechen kann man viel, ausführen jedoch wenig. Statt daß die Handwerker die kapitalistische Gesellschaft für ihre schlechte soziale Lage verantwortlich machen, machen sie die Sozialdemokratie dafür verantwortlich. (Lächeln: Singer) Ich weiß nicht, was Sie meinen. Wenn Sie aber glauben, Singer sei ein Kapitalist und ein einzelner könne die Schäden einer Gesellschaftsentwicklung verantwortlich gemacht werden, so irren Sie.

Der Zwischenruf giebt mir aber Gelegenheit auf die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre in Deutschland einzugehen. Wir haben die statistischen Erhebungen vom Jahre 1882 und 1895. Sie geben ein reichhaltiges Bild und werfen die Behauptungen in den Staub, daß der Kapitalismus dem Kleinunternehmer nicht den Boden untergrabe. Die Erhebungen lehren uns zunächst, daß das Land sich entvölkert und sich die Industriebezirke überfüllern, daß die Zahl der Proletarier sich vermehrt, die Mittelschicht, die Kleinhandwerker mehr und mehr verschwinden und in ihrer Existenz untergraben werden. Während die Bevölkerung von 1882 bis 1895 um 6 1/2 Millionen zunahm, reduzierte sich die landwirtschaftliche Bevölkerung von 19225000 auf 18500000, nahm also um 7 1/2, Mill. ab. Dagegen stieg die Personenzahl in Industrie und Gewerbe von 16 Mill. auf 20 1/2, Mill., nahm also um 4 1/2, Mill. zu. Die Zahl der im Handel und Verkehr beschäftigten Personen stieg von 4 1/2 auf 8 Mill., nahm also um 1 1/2, Mill. zu. Dazu kommen noch die Studenten, Rentner, Bettler und Vagabunden. Es hat also eine völlige Verschiebung der sozialen Verhältnisse stattgefunden. Nun noch ein für die Antisemiten. Mit Ausschluß der Schiffe und Lokomotiven haben sich in Preußen die im Jahre 1870 gezählten Dampfmaschinen mit 935000 Pferdekraften auf 81000 mit 2181000 Pferdekraften im Jahre 1896 vermehrt. Eine Zunahme von 1240000 Pferdekraften. Das hat das Kapital verursacht. Aber auch in der Landwirtschaft hat die Maschine großen Einfluß gewonnen. Selbstverständlich werden durch die Großbetriebe kleinere Betriebe verdrängt. So sind die 16095 Brauereien im Jahre 1882, die 20 1/2, Mill. Hektoliter brauten, bis 1896 auf 7068 Brauereien zurückgegangen, die aber 87 1/2, Mill. Hektoliter Bier brauten. Das beweist, daß an Stelle der kleinen Brauereien die Bierfabriken gekommen sind. Im Jahre 1882 gab es noch 46000 Mühlen, im Jahre 1895 waren sie aber auf 32000 zurückgegangen. So werden die Kleinbetriebe und Kleinhandwerker immer mehr verdrängt. Die handwerksmäßigen Spinner haben um 67 Prozent abgenommen. Ähnlich liegt es auch in anderen Handwerksberufen. Es ist Unfug, den Juden die Schuld daran zu geben. Es ist die Tendenz des Kapitals, daß es die kleinen Betriebe vernichtet. Sie mögen sich in Leipzig selbst umsehen, wie hier die Lage des Handwerks ist. Professor Bücher zählte in Leipzig 5617 Handwerker, davon waren 3415, also 61 Prozent solche, die weniger als 1250 Mk. Jahresinkommen hatten, das ist doch eine wahrhaft proletarische Existenz. Die Handwerker denken an die Zeit zurück, wo der goldene Boden des Handwerks gerühmt wurde. Die Zeiten sind für ewig vorüber, sie können die früheren Kulturperioden nicht wieder zurückrufen. Man will es aber nicht zugeben. Es giebt eine Zahl unter den Handwerkern, die vor dem Bankrott stehen, die aber nicht zu geben wollen, daß sie bankrott sind. Sie rechnen auf ein Wunder, das sie retten soll, aber nie erscheinen wird. Wie ein Ertrinkender sucht sie sich an einen Strohhalm zu klammern, obgleich sie als vernünftige Menschen sich sagen müssen, der kann ihr nichts nützen. Auch die Gesetze zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, das Buchergesetz, Handwerkergesetz, Zwangsstammungsgesetz, Börsengesetz werden ihnen nichts nützen, und wenn ein paar Jahre ins Land sind, dann werden sie dies begreifen.

Ich habe schon vor 20 Jahren im Reichstage gesagt, wenn es nach mir ginge, dann würden die Hofrat Ackermann und Kleinschadow, die sich als Retter des Handwerks damals aufstellten, Minister und müßten das Handwerk retten. Schon in zwei Jahren würden sie von den Handwerkern davon gejagt werden, weil sie ihre Versprechen nicht erfüllen können. Die Handwerker haben ihre schlechte Lage auch schon längst erkannt, deshalb lassen sie ihre Söhne Studieren machen, damit sie als Beamte Stellung erlangen, weil sie wissen, daß ihre Söhne in ihrem Handwerksberuf nicht existieren können. Bei Ausbruch eines großen Krieges werde man staunen über die große Masse von Exzistenzen, die schiffbrüchig sind, die sich jetzt nur noch mit Wechselreiter und ähnlicher Dinge über Wasser halten.

Sowohl die Mittelstandspolitik und der Zwischenruf. Ich habe auseinandergesetzt, daß das Reichstagswahlrecht in Gefahr ist. Durch die Beschränkung des Wahlrechts will man es unmöglich machen, daß die Sozialdemokratie im Reichstage vertreten ist oder doch wenigstens so stark wie jetzt vertreten ist. Nun sind Rechte doch nicht vom Himmel gefallen. Das Wahlrecht auch nicht, es ist eine Folge der schweren Kämpfe, die das Volk 1848 bestanden hat. Wenn auf der einen Seite ungeheure Pflichten verlangt werden, dann müssen auf der anderen Seite auch Rechte sein. Wir haben die allgemeine Wehrpflicht. Das Militär ist von Jahr zu Jahr verstärkt worden und die Vermehrung ist weit stärker als die Bevölkerungszunahme. Das stehende Heer beträgt jetzt 650000 Mann, dazu kommt die Flotte mit ihrer ebenfalls steigenden Zunahme. Die Arbeiter stellen den Hauptteil zur Armee. Die arbeitende Klasse, die Kleinhandwerker, kleinen Landwirte, sie müssen aber auch die Kosten für das Heer aufbringen. Das Leipziger Tageblatt ist noch für jede Militärvorlage eingetreten. Die bestehende Klasse trägt aber so gut wie nichts zu den Militäraufgaben bei. Sie bekommt zum Teil vom Reiche noch mehr heraus, als wie sie Steuern zahlt. Dazu gehören die Leute, die die Zuckerprämie und Branntweinprämie vom Staate erhalten und die auch die reichsten Leute. Sie wissen, daß die Hauptlasten durch indirekte Steuern aufgebracht werden. Die Getreidezölle sollen erhöht werden, sie haben im letzten Jahre allein 146 Millionen Mark ergeben, die Branntweinsteuer 117000000 Mark, während die Weinsteuern nur 20 bis 22 Millionen Mark einbrachte. Wo so große Anforderungen an die physischen und materiellen Kräfte des Volkes gestellt werden, kann das Volk auch verlangen, daß es durch das Wahlrecht einen Einfluß auf die Gesetzgebung ausübt.

Wachem in Köln hat erklärt, daß sogar der Gedanke von einflussreichen Ministern erwogen worden sei, auf dem Wege des Staatsrechts das Wahlrecht zu beschränken, d. h. mit der Revolution von oben. Mit dem Tage, wo das geschieht, hat das Volk das Recht, die Revolution von unten zu proklamieren. Wenn die Regierung die Verfassung nicht hält, dann ist das Volk seiner Pflichten los und ledig. Dann soll man auch nicht verlangen, daß der Arbeiter sein Vaterland lieben und verteidigen soll, dann hat das Volk das Recht, gestützt auf seine eigene Macht, zu thun und zu lassen, was ihm beliebt.

Wir sind nicht der Meinung, daß die Regierung den Staat barstelle, ohne Volk ist kein Staat möglich. Dann soll aber auch das Interesse der großen Mehrheit entscheidend werden. Ist einmal

das Wahlrecht beseitigt, dann bekommen wir auch ein Vereins- und Versammlungrecht, zu dem das sächsische Vereinsrecht als Muster dienen wird. Gerade das Vereinsrecht hat gezeigt, wie charakterlos das Bürgertum geworden ist. Ich habe mir Ende der 60er Jahre an der Seite von Wiedemann und Joseph in Leipzig die politischen Sporen verdient. Damals hätten Sie hören müssen, wie in den Versammlungen, und es fanden damals mehr statt wie heute, denn das Bürgertum ist heute sehr geworden und fürchtet die öffentlichen Versammlungen, gegen das miserable Vereins- und Versammlungsrecht losgegangen wurde, und wie es unter Beuß gehandhabt wurde. Aber die Handhabung unter Beuß war noch golden zu der Handhabung unter der Regierung v. Meißel. Wenn Beuß das Vereins- und Versammlungrecht heute so handhaben würde wie 1868, so würde er in den Verdacht kommen, ein verkappter Sozialdemokrat zu sein. Diefelben Leute haben heute gesagt, das Vereinsrecht ist zu freisinnig, man schließt die sogenannten Minderjährigen aus.

Nach einer 50jährigen Entwicklung kann die politische Fegheit und Charakterlosigkeit gar nicht stärker zum Ausdruck kommen, wie es hier geschehen ist. In der Schweiz kümmert sich die Polizei nicht darum, wer in einem Vereine organisiert ist; will er eine Versammlung unter freiem Himmel abhalten oder einen Umzug veranstalten, dann geht er zur Polizei und sagt, bitte, schenkt Platz, damit wir nicht gestört werden. Der Vereinsrechtverschlechterung wird die Aufhebung der Koalitionsfreiheit, die Beschränkung der Pressefreiheit folgen. Es giebt heute noch Parteien, die meinen, die Pressefreiheit sei zu groß, sie müsse eingeschränkt werden. Das Presse- recht ist mit das vornehmste Recht der Nation, denn es ermöglicht Kritik zu üben und Verbesserungen zu erwirken.

Auch eine neue Umstrukturierung wird wieder kommen, die das Strafgesetzbuch in seinen politischen Paragraphen verschärfen soll. An den Handelsverträgen ist die Arbeiterklasse im höchsten Maße interessiert. Alle dem Bunde der Landwirte verschriebenen Parteien entwickeln eine lebhafteste Agitation gegen die Handelsverträge. Die nationalliberale Partei hat die Charakterlosigkeit so weit getrieben, daß sie sich dem Bunde der Landwirte mit Haut und Haar verschrieben hat. Ein bekannter Nationalliberaler sagte, es giebt keine zwei Nationalliberalen, die ein gleiches Programm haben. Sie erklären, bei Abschluß der Handelsverträge im Sinne der Landwirtschaft wirken zu wollen. Bei dieser Politik ist aber ein großer Teil der landwirtschaftlichen Betriebe gar nicht interessiert, weil ihr Umsatz ein so geringer ist, daß sie Agrarprodukte nicht verkaufen können, denn 1895 hatten von 5 1/2 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe 4251000, gleich 70 1/2 Prozent, weniger als 5 Hektar Ackerfläche. Reichskanzler Hohenlohe, der nicht wie Copriv ohne Art und Halm ist, sondern nicht nur ein deutscher, sondern ein europäischer Großgrundbesitzer ist, hat erklärt, daß 76 Prozent der Landwirte der Getreidepolitik gleichgültig gegenüberstehen können. Nur eine kleine Zahl von Besitzern hat einen Nutzen von den Getreidezöllen. Der Bund der Landwirte geht mit der Idee um, bei einem neuen Abschluß der Handelsverträge Bedacht darauf zu nehmen, daß die Getreide-, Vieh- und Fleischzölle erhöht werden.

Deutschland ist aber überwiegend ein Land der Industrie und darauf angewiesen, einen großen Teil der Produkte aus dem Auslande zu beziehen. Wir müssen einen großen Teil Waren und Rohmaterial einführen, darunter auch Lebensmittel, weil der deutsche Boden nicht genug erzeugt, um die Bevölkerung zu ernähren. Um 750000 bis 780000 Köpfe nimmt die Bevölkerung jedes Jahr zu. Die kommen aber, wie ich nachgewiesen habe, auf Handel und Industrie; für diese muß Brod geschaffen werden. Der deutsche Getreidebau nimmt aber nicht im gleichen Maße an Umfang zu. Wohl könnte, wenn die ganze bäuerliche Wirtschaftsweise eine andere wäre, mehr erzeugt werden, aber das schwierige dabei sind ja die Eigentumsverhältnisse. Ein großer Teil der Bauern ist heute gar nicht im Stande, mehr aus seinem Boden zu bringen. Durch die Einfuhrzölle werden die Lebensmittel verteuert, aber keinem Staat wird es einfallen, seine Industriezölle zu ermäßigen, wenn man ihm die Einfuhr seiner ländlichen Produkte erschwert. Deshalb hat die Bevölkerung ein Interesse daran, den Brotwucherern, den Fleischvertreuerern entgegenzutreten.

Nun haben die Leipziger Neuesten Nachrichten in ihrem Pfingst- artikel gesagt, wir nehmen den Arbeiter den Glauben an das Getreide, verwischen ihn auf das Diesseitige und böten ihm Getreide anstatt Brod. Wir haben ja nichts dagegen, wenn sich die Gegner auf das Getreide verlassen lassen; wir haben aber alle Ursache, uns das Herfeln so anzuwenden wie möglich zu machen, ja, wir haben den verruchten Gedanken, den Himmel auf Erden zu schaffen. Wie ist es denn in dem christlichen Staate. Da wird gebetet: Unser täglich Brod gib uns heute! Aber wenn dann das Aus- land Brod einführen will, dann kommt der christliche Agrarier mit den Einfuhrzöllen. Größer kann der Widerspruch nicht sein in der christlichen Gesellschaft. Im Erzgebirge betet der Prediger um eine gute Ernte, wenn diese aber eintrifft, dann schreien die Agrarier über die niedrigen Brotpreise.

Bei der ganzen Wahlkampagne habe er gefunden, daß die Gegner kritischer, was wir angeht, thun können, aber was wir gethan haben, das kritisieren sie nicht; wir thun es aber bei den Gegnern. Wir stellen fest, daß es keine Partei im deutschen Reichstage giebt, die bei allen Seiten so auf dem Posten gewesen ist, wie die Sozialdemokratie, keine Partei, die so viel Gesehenswürdiges für die Arbeiter eingebracht hat, wie die Sozialdemokratie, keine Partei, die zu jedem Gesehenswürdigem soviel Verbesserungsanträge gestellt hat, um zu zeigen, was sie will. Wenn es galt, Militär- verhältnisse oder die Kolonialpolitik zu kritisieren, Polizeivergriffe an den Pranger zu stellen, Unrecht zu brandmarken, da war die Sozialdemokratie allein auf dem Posten. Wenn unsere Anträge in der Mehrheit angenommen worden wären, dann würden auf sozialem wie politischem Gebiet bereits ideale Zustände herrschen. Wir haben keinen Antrag eingebracht, der dem Wesen der bürgerlichen Gesellschaft zuwidergelaufen wäre, es waren Anträge, die ausgeführt werden konnten, ohne die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft in Frage zu stellen.

Es ist das Wort von der Weltpolitik gefallen. Am 14. Mai hat Miquel in Köln erklärt, daß der Kaiser den selbstlosen Glauben an die größere Nation in Europa und der Welt und das Streben habe, die Nation immer größeren Zielen zuzuführen. Deutschland ist die erste Militärmacht in Europa, wir haben im Jahre 880 Mill. Mark, 16 Mark pro Kopf, für Militär ausgegeben. Eine neue Militärorganisationsfrage birgt die Zukunft noch im Schoße. Deutschland hat alle Ursache, den letzten Mann und Pfennig aufzuheben, wenn die Abrechnung mit Frankreich und Rußland kommt, da dürfen wir keine Stationen mehr wie in Klauschou errichten. Es ist ein guter Witz, der Bismarck zugeschrieben wird, wonach er, als er die Karte von Klauschou betrachtete, äußerte: Gerade groß genug, um Dummheiten zu machen. Aus der Aube Miquels geht hervor, daß noch mehr Stationen errichtet werden sollen, das geht auch aus der Gründung des Flottenvereins hervor, dem sich Hohenlohe an die Spitze gestellt hat. Die Stationen werden einmal gewaltige Opfer erfordern und der Arme wird wieder die Kosten tragen müssen.

Der Sozialdemokratie sind die müßigen Fortschritte in der Sozialpolitik zu danken. Als 1881 Kaiser Wilhelm I. die bekannte Thronrede hielt, hieß es, daß, nachdem die Sozialdemokratie durch das Ausnahmegesetz unmöglich gemacht sei, die berechtigten und notwendigen Forderungen der Arbeiter erfüllt werden sollten, und da kam die Arbeiterversicherungsgesetzgebung. Im Jahre 1885 erklärte Bismarck im Reichstage, daß Willenberger recht habe, wenn er meine, daß die müßigen Fortschritte in der Sozialgesetzgebung nicht wären, wenn keine Sozialdemokraten im Reichstage wären und nicht Leute im Reichstage säßen, die sich vor ihnen fürchteten. Und als die bekannten Februarerlasse im Jahre 1890 kamen, wurde durch die Erlasse verlangt, daß eine internationale Konferenz einberufen werden sollte, die die wichtigsten Fragen beraten sollte, die die Arbeiter auf ihren internationalen Kongressen beraten haben. Die Sozialdemokratie kann erheit von sich sagen, daß sie für das Wohl der arbeitenden Klasse eingetreten ist. Wir sind heute 45 gegen 347 Abgeordnete im Reichstage. Wir können nur schreien

und schreien und schreien. In dem Augenblicke, wo wir die Majorität haben, werden wir auch wissen, die Majorität auszu- nützen. Um zu dieser Majorität zu gelangen, müsse man dafür sorgen, daß auch in Leipzig ein Sozialdemokrat aus der Urne hervorgehe und die Wähler sich gegen die Verletzung der Volksrechte entscheiden. Da rufe er alle Mann auf Deck, damit auch Leipzig als Hochburg der Sozialdemokratie aus der Urne emporsteige. (Stürmischer Beifall.)

In der Debatte nahm zunächst Herr Max Lorenz das Wort. Er lobte seinen Mut, daß er es wagt, einem Bebel gegenüberzutreten und bezichtigte Schoenlant, daß er es veranlaßt habe, daß in dem Bericht der freisinnigen Versammlung erwähnt worden ist, daß Lorenz trotz Aufforderung nicht das Wort genommen, sondern Ferkelgeld gegeben habe. Er brachte dann sein Sprüchlein vor, daß die Arbeiter das gleiche Interesse hätten, wie die Handwerker und meinte, daß die Sozialdemokratie nach Marx kein Recht habe, aus moralischen Grundfäden heraus das Reichstagswahlrecht zu beanspruchen. Marx habe gelehrt, daß Recht Macht ist, so habe die Sozialdemokratie kein Recht, moralische Gründe für die Erhaltung des Wahlrechts geltend zu machen. Streng genommen bestehe das Wahlrecht nur zu Recht, wenn alle Bürger gleich sind. Dann wären es aber nationale Rechte. Nationale Rechte stehen aber nur den Nationalgesinnten zu. Wenn Recht Macht ist, dann müßte das allgemeine Wahlrecht nicht existieren, dann müßte ein Wahlrecht bestehen für die, die wirtschaftlich die Mächtigen sind. Nur eine nationale Partei habe das Recht, das Wahlrecht für sich in Anspruch zu nehmen. Somit machte er Bebel den Vorwurf, daß er die Theorie vom Klassenstaate aufgegeben habe und er nach seinen Ausführungen eigentlich für Verneuerung von Heer und Flotte sein müßte. Daß die Regierung eine arbeitserfreundliche Politik einschläge, konnte daher, weil die Arbeiter nicht national seien. Er wolle aber, wie Lassalle seiner Zeit, die von der Sozialdemokratie irreführten Arbeiter auflären und hoffe, daß wie Bebel sich von Lassalle habe bekehren lassen, die Arbeiter sich von ihm bekehren lassen würden. Im übrigen verfocht er seinen national-sozialen Standpunkt, gab aber über dessen Ziele keinen Aufschluß. Seine Ausführungen wurden öfters durch Lachen und Protestrufe unterbrochen.

Herr Lorenz konstatierte, daß Schoenlant mit dem von Lorenz erwähnten Berichte nichts zu thun gehabt habe und er als Berichterstatter nur festgestellt habe, was Thatsache war. Sonst werde er dem Bunde Lorenz entspreche und ihn in Zukunft nicht mehr Max Lorenz, sondern Lassalle II. nennen.

Darauf ergriff Genosse Dr. Schoenlant das Wort: Daß Herr Lorenz an Selbstberückung leidet, habe ich noch heute wieder gezeigt. Mit einer unwarren Behauptung, die von Lipinski treffend erwidert worden sei, mit einem Flaso habe er angefangen, mit einem Flaso geschlossen. Ihm (Schoenlant) sei es nie eingefallen, sich mit Lorenz, dessen politische Belanglosigkeit von Anfang an feststehe, persönlich zu befaßen. Wer aber sei denn Herr Lorenz? Derselbe Mann, der während der sächsischen Wahl- entredungskämpfe als Verantwortlicher der Leipziger Volkszeitung gezeichnet habe, die den Standpunkt des Klassenkampfes auch damals mit aller Schärfe vertreten habe. Der Sozialdemokrat sei bald darauf nationalsozialer geworden und als neuester Marx-Ver- nichter" aufgetreten, der die famose Lehre vom „Fluidum" ent- wickelte. In Kreisen, die Lorenz jetzt naheständen, habe dieser mit Elfat in Scene gesetzte Umkehrung nicht annehmbar gewirkt. Lorenz' Schmerz aber sei es, daß die sozialdemokratische Presse und ihr nach die bürgerliche Presse von seinem Gesinnungswechsel so gar kein Aufhebens gemacht hätte. So bedeutungslos Herr Lorenz sei, er sei nun einmal ein im öffentlichen Leben zu beobachtendes politisches Lebewesen und gewisse Aeußerungen und Kundgebungen von ihm würden auch registriert und katalogisiert wie irgend ein Insekt. Der Sozialdemokrat und nunmehrige Nationalsozialer, Lorenz, schlage die große Renegatentrommel zum gemeinsamen Kampfe der bürgerlichen Elemente gegen die Sozialdemokratie, er habe in Erfurt auf dem Parteitag der Nationalsozialen gegen die Erweiterung des Gemeindevahlrechts gesprochen. Er spreche heute so über das Reichstagswahlrecht, das elementare Recht der deutschen Union, daß man ihn den theoretischen Instrukteur der Scharfmacher nennen könne, der den Stumm und Konforten, die praktische Schicksals- politik trieben, die „theoretische Begründung" für ihre Politik lieferte. Festzustellen sei der gute Instinkt, womit Herr Lorenz das den Stimmungen in gewissen sehr einflussreichen Kreisen Ent- sprechende herausfinde und propagiere, so den Kampf gegen die Sozialdemokratie, so die Politik des „größeren Deutschlands" mit der „gepanzerten Faust". Lorenz Rede sei ein unfähigstes wirres Gemisch von klingenden Gemeinplätzen und krassen Widersprüchen, er wolle das Unmögliche, Wasser und Feuer vereinen, die Hand- werkervertretung, Arbeiterschuh, Weltpolitik, Militarismus. Schämte man die Hülsen ab, so bliebe der nackte uferlose Wasser-Surra- patriotismus übrig, der die Arbeiterschaft glauben machen wolle, die kolossalen neuen Lasten und internationalen Gefahren der über- seitsigen Abenteuer seien ihr zum Nutzen. Ihm, dem zweiten Apostel des Evangeliumstums, aber ergehe es wie dem ersten: er habe bei seinem Unternehmen eine Havarie nach der anderen er- litten. Mit gescheiterten Existenzen habe die Arbeiterklasse nichts zu thun. Der Wahlsatz werde zeigen, wie die Arbeiterschaft über nationalsoziale Utopien, und Lorenz'sches Renegatentum denke.

Lorenz lehnte es ab, mit Schoenlant sachlich zu diskutieren, weil dies mit Schoenlant nicht möglich sei. Er habe vorhin von Rednern gesprochen, die mit Schlagworten arbeiten. Schoenlant sei der hervorragendste dieser Redner. Häufig habe sein Scheitern aus der Partei bebauert.

Genosse Bebel erhielt nun, da weitere Redner trotz Auffor- derung sich nicht meldeten, das Schlusswort. Was Lorenz hier den Handwerkern empfohlen, das habe vor 35 Jahren Schulze-Dellich in diesem Saale gelehrt. Bewunderlich sei, was Lorenz über das Wahlrecht sage; er stellt den reaktionären Satz auf, daß nur die- jenigen das Wahlrecht haben sollen, die den Staat erhalten wollen. Dann könnte keine Opposition mehr bestehen. Wenn er glaube, mit derartigen Theorie bei den Arbeitern und anderen Leuten Anklang zu finden, dann irre er gewaltig. Er (Redner) stehe noch heute auf dem Standpunkt der Theorie des Klassenkampfes. Es sei klar, daß in einem kurzen Reichstagswahlreferat nicht große Auseinandersetzungen über das Wesen des Staates gemacht werden können. Er habe nicht von moralischen Rechten, sondern davon gesprochen, daß nicht Pflichten auferlegt werden und zugleich Rechte genommen werden dürften. Lorenz habe zugegeben, daß die arbeitende Klasse es ist, die das Militär erhalte; daraus gehe hervor, daß sie auch das Recht haben müsse, in das Staatswesen hineinreden zu dürfen.

Wenn Lorenz gesagt habe, daß die Nationalsozialen in der Steuerfrage auf dem Standpunkt der Sozialdemokratie stehen, so treffe das nicht zu. Die Nationalsozialen haben sich nicht gegen die indirekten Steuern ausgesprochen, Raumann habe sich in Jena sogar für die Aufrechterhaltung der Getreidezölle ausgesprochen. Mit den Getreidezöllen hängen aber alle Lebensmittelpreise zusammen und es ist leblich eine Frage der Praxis, ob man an Zoll 3.50 oder 7 M. nimmt. Eine neue Theorie sei es aber und zwar für kleine Kinder, daß der Staat deshalb indirekte Steuern erhebe, weil die Arbeiter nicht national gesinnt seien. Wenn die Regie- rung keine indirekten Steuern gewollt hätte, brauchte sie das in der Verfassung nur auszusprechen, sie hat aber im Norddeutschen Bund in der Verfassung vorgeesehen, daß die Mittel des Reiches durch indirekte Steuern und Matrikularbeiträge der Einzelstaaten aufgebracht werden sollen. Alles, was Lorenz über die Gründung des deutschen Reiches gesprochen habe, konnte er besser finden in meiner 1874 erschienenen Broschüre. Um einen nationalsozialen Staat zu schaffen, müssen doch Kämpfer dafür vorhanden sein, es ist ja aber die traurige Thatsache, daß die Sozialdemokratie und ein kleines Fähnlein der links stehenden Parteien die wichtigsten Forderungen vertreten müssen. Gerade die nationalliberale Partei ist es gewesen, die jedes Ausnahme- gesetz gegen Sozialdemokratie, Welfen, Polen, Centrum mit ge-

schaffen und gutgehehen hat. Was ich über einen Krieg zwischen Russland und Deutschland, haben Liebknecht und ich schon im Norddeutschen Bund gesagt, als wir gegen die Annexion Ostpreussens auftraten. Zur Wehrfrage habe ich gesagt, daß, solange in Deutschland die traurigen Zustände bestehen, wir Deutschland nicht wehrlos machen wollen, sondern im Gegenteil stärken, daß schon die Jugend-erziehung so gestaltet werde, daß der junge Mann nur in kurzer Zeit das Nötige zu lernen braucht, was zum Menschenwerden gehört. Streitigkeiten der Staaten sollen aber durch Schiedsgerichte entschieden werden. Je mehr den Staaten die Mittel zu neuen Militärlasten genommen werden, je mehr werden sie zu einer friedlichen Verständigung geneigt sein. Gegen den amerikanisch-spanischen Krieg haben die Genossen dieser Länder Einspruch erhoben, wenn ihr Einfluß zur Verhinderung des Krieges nicht genügt, ist es nicht ihre Schuld. Die Weltpolitik erfordert für Kaukasien jetzt 50000000 Mark, in Wirklichkeit ist der Bedarf von Sachverständigen auf 100000000 Mark geschätzt worden. Dazu kommt die Vermehrung der Ausgaben für die Marine, deren Kosten bisher schon 16800 Millionen Mark betragen. Es ist ein Unsinn, im überdickerten China eine neue Industrie für deutsche Arbeiter zu schaffen. Industrien werden sich entfalten, aber mit Ruß. Warum haben wir aus den Kolonien nichts geholt? Weil nichts zu holen war. Die Nationalsozialisten haben das Unglück, zu spät zur Welt gekommen zu sein und haben deshalb von allen Parteien ein Stillschanden Programm genommen. Aber am 16. Juni wird die Wählerliste über ihr zur Tagesordnung übergehen. (Stürmischer Beifall.)

Es wurde, nachdem Genosse Grenz noch darauf aufmerksam gemacht hatte, daß gegen die Wahlrechtsentziehung durch den Stadtrat Refus bei der Kreishauptmannschaft erhoben werden möge, folgende Resolution angenommen:

Die heute am 1. Juni im Etablissement Sanssouci tagende, von über 8000 Personen besuchte Massenversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten A. Bebel durchaus einverstanden. Die Versammlung verspricht, mit aller Energie die Politik des Umsturzes von oben, der Wahlentziehung, der uferlosen Weltpolitik, des Brotwunders und Arbeitertruges, als die größten Feinde des politischen und sozialen Fortschrittes, zu bekämpfen. Die Versammelten werden alle Kraft daran setzen, um am 16. Juni der Sozialdemokratie neben den 13. den 12. Kreis zu erobern.

Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß Genosse Grenz dann die Versammlung, die in das letztere brausend einstimmte.

Gemeinde-Zeitung.

Aus den Ratssitzungen. Unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadtverordneten bewilligte der Rat für Veränderung und Verbesserung der Beleuchtungsanlage in der südlichen Markthalle den Betrag von 1800 Mk.

Die Einnahmen der Gasanstalten stellten sich im vergangenen Jahre um 480000 Mk. höher als im Voranschlag vorgesehen war.

Aus den amtlichen Bekanntmachungen.

Konkursverfahren. Ueber das Vermögen des Apothekers Johannes Max Albrecht Dietrich, Inhabers der Firma: Albert-Apothete Joh. Dietrich hier, Emilienstraße 1, wird heute, am 28. Mai 1898, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Herr Rechtsanwält Schumann hier wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 2. Juli 1898 bei dem Gerichte anzumelden.

Vereine und Versammlungen.

Die Schlosseranschläger hielten am Montag den 28. Mai eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Die vereinigen wir uns? 2. Aufstellung eines einheitlichen Tarifs. Nachdem von einigen Kollegen die Notwendigkeit der Regelung der Arbeitsverhältnisse sowie in erster Linie die der Schaffung eines einheitlichen Tarifs klar gelegt worden war, wurde ein Antrag auf Schaffung einer Vereinigung einstimmig angenommen. Zur Ausarbeitung der Statuten wird eine Kommission von drei Mann gewählt. Zum 2. Punkt verliest ein Kollege den alten Tarif. Hierzu werden verschiedene Vorschläge angeregt und die oben erwähnte Kommission beauftragt, den Tarif auszuarbeiten und einer nächsten Versammlung vorzulegen.

Soziale Rundschau.

Die Not in Ostpreußen. Die armen Agrarier haben ihre liebe Not. Sogar die russischen und polnischen Landarbeiter laufen ihnen davon. Auf dem Dominium Thomasmadau, unweit von Striegau, werden seit einiger Zeit russisch-polnische Arbeiter in der Landwirtschaft beschäftigt. Am vorigen Montag haben von diesen nach der Schles. Ztg. unberechtigtweise elf männliche und zwölf weibliche Personen wegen Lohnunterschiede die Arbeit niedergelegt; zwei Arbeiter ließen sich, wie das genannte Blatt weiter berichtet, sogar zur Bedrohung mit Totschlag hinführen. Sämtliche Ausländer sind verhaftet und in das Striegauer Gerichtsgefängnis behufs Verhaftung eingeliefert worden.

Der Landrat von Fischhausen (Ostpreußen) erläßt eine Bekanntmachung, in der die Gendarmen des Bezirks aufgefordert werden, 14 russisch-polnische Arbeiter festzunehmen, die ihre „Arbeitsstelle mit Hinterlassung ihrer russischen Legitimationspapiere heimlich verlassen“ haben.

In Halle stehen die Maurer in einer Bewegung. Eine Maurerversammlung verhängte die Sperre über mehrere Bauten, weil die Unternehmer den Stundenlohn von 45 Pfg. nicht bewilligen wollen. 50 Maurer haben infolgedessen die Arbeit niedergelegt. 32 Unternehmer haben den geforderten Lohn bereits bewilligt.

In Dessau haben in einer Leistenfabrik circa 90 Mann die Arbeit niedergelegt. Bezug ist streng zu vermeiden.

In Gera haben die Glaser nach abgelaufener Kündigungsfrist die Arbeit eingestellt, weil die Meister ihre Forderungen, deren oberste die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit ist, rundweg abgelehnt haben. Unter 48 Streikenden sind 20 Verheiratete.

In Kall stehen die Maurer im Streik, etwa 150 Mann, und zwar Angehörige der christlichen Organisation und des Centralverbandes.

In Bremen haben die Arbeitgeber die Forderungen der Schmiebe anerkannt: Zehnstündige Arbeitszeit, 18 Mk. Mindestlohn; Ueberstunden werden mit 50 Pfg. vergütet; Kost und Logis außer dem Hause der Arbeitgeber; ein Arbeitsreglement in den von den Schmieben benutzten Herbergen auszuhängen. Der Arbeitsnachweis bleibt in der bisherigen Form bestehen. Damit sind die Differenzen als zu Gunsten der Gesellen erledigt anzusehen.

In Saderleben ist über das Baugeschäft Jürgensen die

Sperre verhängt worden wegen Maßregelung eines organisierten Arbeiters.

In Mannheim sind bei der Firma Bopp & Reuther schon wieder Differenzen ausgebrochen. Bekanntlich hatten die Glaserarbeiter erst im Februar einen Lohnkampf zu führen; jetzt ist infolge von Maßregelungen zu befürchten, daß es wieder zum Streik kommt.

In Innsbruck ist der Streik der Bauarbeiter beendet. Die Forderungen der Ausständigen wurden im wesentlichen bewilligt.

In Görz in Oesterreich streiken 500 Arbeiter und Arbeiterinnen der Papierfabrik Piedemonte

London, 1. Juni. In einer gestern stattgehabten Besprechung der Kohlengrubenbesitzer und ausständigen Kohlengrubenarbeiter in Cardiff erklärten letztere, eine sofortige zehnprozentige Lohn-erhöhung annehmen zu wollen. Die Unternehmer erklärten, das sei undurchführbar. Die Besprechung wird am Sonnabend fortgesetzt werden.

Die Times bemerken hierzu, die Aussichten bezüglich der Beilegung des Ausstandes seien so schlecht als möglich.

Von Nah und Fern.

Gasexplosion.

Berlin, 2. Juni. Eine Gasexplosion im Kaufhaus Mey u. Edlich richtete beträchtlichen Schaden an. Ein Packer wurde verletzt.

Siebesdrama.

Braunschweig, 1. Juni. Der Schuhmacher Kunzblila feuerte heute morgen auf seine ehemalige Braut, die Arbeiterin Ufermark, mehrere Schüsse aus einem Revolver ab und verletzte sie. Darauf richtete Kunzblila die Waffe gegen sich selbst und brachte sich eine tödliche Verletzung bei.

Gekentert.

Danzig, 1. Juni. Auf der See kenterte ein Boot. Die Insassen, ein Sohn und zwei Töchter eines Schiffszimmermanns, Namens Pusig, ertranken.

Baunfall.

Mün. 1. Juni. Auf einem Neubau stürzte ein großer Haufen Bauholz zusammen und begrub mehrere Kinder unter sich. Zwei Knaben im Alter von 6 und 7 Jahren wurden als Leichen hervorgezogen.

Ein Revolverattentat

verübte vor acht Tagen der 28jährige Gärtner Jakob Zerbe in Oestrich im Rheingau auf seine Geliebte und deren Bruder. Sodann ging er flüchtig und wurde stechbrieflich verfolgt. Vergangenen Dienstag wurde er in Mainz verhaftet, hat sich jedoch im Hofstolal kurz nach seiner Einbringung erhängt.

Beim Brande

eines Hauses in der Jakobsvorstadt zu Thorn fanden in der Nacht auf Mittwoch 5 Personen den Tod in den Flammen und zwar ein Arbeiter mit Frau und Kind sowie ein zweiter Arbeiter und sein kaum zweijähriges Kind. Eine Frau, die, da die Treppe brannte, durch das Fenster auf die Straße sprang, verletzte sich schwer. Die Ursache des Feuers wird auf Brandstiftung zurückgeführt.

Bei der Flucht aus dem Gefängnis in Bruchsal wurde am Pfingstmontagabend ein Sträfling von dem militärischen Wachtposten erschossen.

Unwetter in Wien.

Wien, 1. Juni. Heute ging über einen Teil der Stadt Wien ein verheerendes Unwetter nieder. In Ober-St. Veit entbrannte ein Kind in der angeschwollenen Wien. Bei den vielfach nötig gewordenen Rettungsarbeiten wurden neun Feuerwehrleute verletzt, einige schwer.

Die Sittlichkeit

sieht in Wien auf einer besonders hohen Stufe. Am Donnerstag entschied der Landesauschuß, daß der in der Wiener Ausstellung befindlichen Kinderbrunnenanstalt aus humanitären und allgemein sittlichen Gründen Säuglinge aus der Findelanstalt nicht übergeben werden dürfen. Ferner verbot am Freitag die Polizei der Direktion des Tiergartens, öffentliche Fütterungen von Schlangen vorzunehmen, weil dies demoralisierend wirke.

Durch den Einsturz eines Neubaus in Budapest wurden ein Arbeiter getötet, vierzig verwundet.

Abgestürzt

ist am Pfingstsonntag der 21jährige Vittorio Dante aus Trient bei einer Partie auf den 1350 Meter hohen Chegul bei Trient. Es herrschte Regenwetter und Nebel. Dante machte, während sein Gefährte zurückblieb, eine gefährliche Kletterpartie, kam jedoch nicht mehr zurück. Die Leiche wurde nach langem Suchen am nächsten Tage am Fuße einer turmhohen Felswand gefunden.

Ein betrunkenen Soldat

schoß in Alessandria auf seine Vorgesetzten und setzte das Feuer von der Kaserne aus und später von den Dächern, wohin er sich geflüchtet hatte, fort. Er hatte zwei Soldaten schwer verwundet, bevor er überwältigt werden konnte.

Letzte Nachrichten.

Christiania, 1. Juni. Das Storting nahm heute abend eine Verfassungsänderung an, nach welcher die Stortingswahlen bis Ende September beendet sein müssen. Das Storting tritt künftig am 10. Oktober zusammen. Das Budgetjahr beginnt am 1. April.

Im Heeresauschuß soll Stimmung dafür vorhanden sein, die Bewilligung von 18 Millionen Kronen zum Extra-Ordinarium für das Kriegsbudget zu empfehlen.

Telegraphische Depeschen.

Wolfs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

Madrid, 2. Juni. Gegenüber der Behauptung der Amerikaner, daß das Segefecht vor Santiago eine einfache Rekonstruktionsoperation gewesen sei, behaupten die hiesigen amtlichen Kreise, die Wahrheit sei, daß die Amerikaner versucht hätten, die Einfahrt in die Bai von Santiago zu erzwingen, und zurückgeschlagen worden seien.

London, 2. Juni. Die Times melden aus New York, daß einer Washingtoner Depesche zufolge Admiral Sampson zum Nachfolger des Admirals Schley im Kommando der amerikanischen Flotte vor Santiago gewählt sei.

Vermischtes.

Ein Postamt in der Magellan-Straße. Die The Anglos Inba erzählt, befindet sich das kleinste, einfachste und beschickteste „post-office“ seit vielen Jahren in der Magellan-Straße. Es hat weder Vorsteher noch nachgeordnete Beamte; es besteht auch nur aus einem kleinen, hellgelben Fächchen, das an die äußersten Felsen des Kap, Tierra del Fuego gerade gegenüber, frei schwimmend angeheftet ist. Jedes vorbeifahrende Schiff legt ein Boot aus, um diesen eigenartigen Briefkasten zu leeren oder Briefe hineinzuwerfen. Noch stets soll dieses „Amt“, das den Schuß sämtlicher Flotten der Welt genießt, seinen Dienst pünktlichst versehen haben.

Quittung.

Für den Reichstagswahlfonds.

Bis jetzt eingegangen	Mk. 1891.98
Gegen Sammlungsbrüber u. Wahlrechtsverschlechterer, freistündiger schf. Student, München	3.—
Neuschönefeld-Engelsdorf-Sommerfeld, verunglückter Wettkampfer	3.22
Die Schmorbrüber, Felsstraße	1.70
Zur silbernen Hochzeit bei Buresch, Gohlis	2.62
Von einem Schlaftrunkenen	—89
Zellerfammling vom 22. Mai, Engelsdorf	4.42
Notizkindtaufe bei H., Kleinschöcher	1.—
E. W., Kleinschöcher	2.—
Arbeiterverein Großschöcher-Windorf	50.—
J. B. Beer	5.—
Einstandsfeier der Schmiebe, Kirchner u. Co., Osten	4.70
Wahlkreis Grimma-Rötha, Rabparthe	—60
Gebelshw.	1.—
Stätterich, Gambrius, Billardspiel und -Gelb	1.18
F. W. Th., die fünf Mark-Straße	5.—
Freie Vereinigung bei M. Rohse, Unger	1.—
Für erfolgreiche Reflamation	—50
R. Nothe, Bergschlößchen, Lachs, 2 Raten, d. R. R.	1.80
Von einem Soldaten durch R. R.	1.70
Steindrucker, W. u. R., Einstand	—80
Billardspieler bei Dehme, Unger	1.20
Summa:	Mk. 1824.57

Die Expedition.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Donnerstag den 2. Juni: 147. Abonn.-Vorstellung (3. Serie, weiß).

Im Weißen Röhl.
Luftspiel in 3 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg.
Regie: Ober-Regisseur Adler.

Joseph Vogelhuber, Wirtin zum „Weißen Röhl“	Frl. Kell
Leopold Brandmayer, Jagdstellner	Frl. Feine
Wilhelm Wiede, Fabrikant	Frl. Ernst Müller
Ullie, seine Tochter	Frl. Ebba Laue
Charlotte, seine Schwester	Frl. Wengel
Walter Hingelmann, Privatgelehrter	Frl. Köner
Käthe, seine Tochter	Frl. Müller
Dr. Otto Seidler, Rechtsanwalt	Frl. Stephanty
Arthur Sälzelmeyer	Frl. Felfel
Kobli, Bettler	Frl. Proft
Wesl, seine Nichte	Frl. Hoffmann
Affessor Bernbach	Frl. Otto
Emmy, seine Frau	Frl. Herwin I
Käthe Schmidt	Frl. Rungschmann
Melanie Schmidt	Frl. Herwin II
Forstrat Kracher	Frl. Wghmann
Ein Postkourier	Frl. Thiele
Ein Reisender	Frl. Bogdahn
Kathi, Briefbotin	Frl. Unger
Franz, Kellner	Frl. Guth
Ein Nicolo	Frl. Kleinhold
Mizzi, Stubenmädchen	Frl. Paar
Mari, Köchin	Frl. Denning
Martin, Hausknecht	Frl. Schmebde
Joseph, Hausknecht	Frl. Schmidt
Der Portier zum „Röhl“	Frl. Schröder
Der Portier zur „Post“	Frl. Janisch
Der Portier zum „Grünen Baum“	Frl. Rallisch
Der Portier zur „Rudolfshöhe“	Frl. Richter
Ein Bootsmann	Frl. Wack
Gebirgsführer	Frl. Hammerl
Eine Kanne	Frl. Wehr
Eine Bäuerin	Frl. Renner
Ein Bauernknabe	Frl. Schmiedede

Gäste, Reisende, Dorflieder, Gebirgsführer.
Ort der Handlung: Das Salzammergut.
Nach dem 1. Akt findet eine längere Pause statt.
Einlaß 7/7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende geg. 1/10 Uhr. **Schausp.-Preise.**
Villet-Vorstellung an der Tageskasse von 10 (Sonn- u. Feiertag von 10^{1/2}) bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aufgeld von 30 Pfg.) von 1—3 Uhr.
Spielplan: Freitag: Jery und Bätely. Hierauf: Im Brunnen. Zum Schluß: Elektra. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Der Bettelstudent. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Donnerstag den 2. Juni:

Der Opernbau.

Operette in 3 Akten (nach dem Lustspiel „Die Rosa-Dominos“) von Viktor Léon und J. v. Walberg. Musik von Richard Heuberger.
Regie: Regisseur Unger. — Direktion: Musikdirektor Meyer.

Beaubuisson, Rentier	Frl. Searle
Madame Beaubuisson, seine Frau	Frl. Busse
Henri, deren Neffe, Marinetafett	Frl. Linda
Baul Aubler	Frl. Franz
Angèle, dessen Frau, Nichte der Madame Beaubuisson	Frl. Alten
Georges Dumontil	Frl. Bauberger
Marguerite, dessen Frau	Frl. Dallboj
Fortense, Kammermädchen bei Dumontil	Frl. Schäffer
Reodora, Chansonnette	Frl. Friele
Philippe, Oberkellner	Frl. Greiner
Jean, Kellner	Frl. Schröder
Germain, Diener	Frl. Renner

Walden, Ballgäste, Kellner.
Zeit: Gegenwart. — Ort: Paris.
Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt.
Einlaß 7/7 Uhr. Anfang 7/8 Uhr. Ende 10 Uhr. **Gew. Preise.**
Villet-Vorst. a. d. Tageskasse v. 10 (Sonn- u. Feiert. 10^{1/2}) bis 3 Uhr. Vorverkauf f. d. nächst. Tag (u. Aufg. v. 30 Pfg.) v. 1—3 Uhr.
Spielplan: Freitag: Ein plektischer Mensch. Hierauf: Ich heirate meine Tochter. Zum Schluß: Furcht vor der Schwiegermutter. Anfang 7/8 Uhr. — Sonnabend: Im Weißen Röhl. Anfang 7/8 Uhr.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag:
Speiseanstalt I (Johannisplatz): Spinat mit Schöpfensfleisch, Speiseanstalt II (Hauptbahnhof): Reis u. Spargel mit Rindfleisch.

Verkaufskalender.

Donnerstag: Gewerkschafts-Lotter. Abends 1/8 Uhr. T.-D. 1. Die Gewerkschaften und der Wahlkampf. 2. Mitteltunget des Vorabend.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion dem Publikum gegenüber nicht verantwortlich.

Zur Reichstagswahlbewegung.

Zur Wahlrechtsfrage

berichtet das nationalsoziale Wochenblatt: Die Hilfe ankämpfend an die Andeutungen der Abg. Müller-Fulda und Dr. Wachen: Uns ist in diesem Zusammenhang „aus sehr guter konservativer Quelle“ der Name eines hohen, einflussreichen bayerischen Beamten und Bundesratsbevollmächtigten genannt worden, der im Jahre 1893 bereits einen fix und fertig ausgearbeiteten Wahlgesetzentwurf vorgelegt habe.

Zum Reichstagswahlrecht

schreibt der Hamb. Korr.: „Die Verpflichtung, die allem Gerede ein Ende machen würde, nun und nimmer an eine Abänderung des Reichstagswahlrechts zu denken, kann und darf die Regierung gar nicht auf sich nehmen.“

Eben darum sind die Wähler verpflichtet, keine Abgeordneten zu wählen, die nicht volle Gewähr für die Aufrechterhaltung des Reichstagswahlrechts geben.

Der „gemeinsame Feind“.

In einer konservativen Wählerversammlung des Kreises Rauch-Bezirk-Luckenwalde, die dieser Tage in Belgig tagte, gab Professor Dr. Propatschek, der bisherige Abgeordnete des Kreises, am Schlusse seiner Rede nach dem Rauch-Bez. Kreisbl. die Parole aus, bei einer etwaigen Stichwahl zwischen dem Freisinn und der Sozialdemokratie dem freisinnigen Kandidaten die Stimme zu geben.

Das bescheidene Maß bürgerlicher und politischer Freiheiten.

In unserer Dienstaussage citierten wir eine Stelle aus einem Artikel der Kölnischen Volkszeitung. „Wir wollen“, schrieb das Centrumsblatt, „das bescheidene Maß bürgerlicher und politischer Freiheiten und Rechte, das wir in Deutschland haben, erhalten wissen. Wir können das aber nur mit Hilfe der Linken, da die Rechte jederzeit bereit, ja begierig ist, die Freiheit zu beschneiden und die Polizeigewalt zu vergrößern.“

Die Kreuzzeitung regt sich über den Artikel des Centrumsblattes gewaltig auf. Sie schreibt:

Den Ausdruck von dem „bescheidenen Maße bürgerlicher und politischer Freiheiten“ hätte das Centrumsorgan lieber nicht gebrauchen sollen; denn es ist nicht recht, urteilslosen Leuten — auf deren Verständnis solche Redensarten doch nur berechnete sein können — weis zu machen, die Sozialdemokraten, die dieselbe unbegründete Behauptung aufstellen, haben recht. Das Maß der Volksfreiheiten in Deutschland ist ein sehr reichliches und in recht vielen Punkten reichlicher als in „freien“, demokratisch regierten Ländern.

Die Entdeckung der Kreuzzeitung, daß das Maß der Volksfreiheiten in Deutschland sehr reichlich sei, wird gewiß allerwärts sehr angestaunt werden. Ob sie auch außer in der Redaktion der Kreuzzeitung geglaubt werden wird?

Freiherrliche und prinzipielle Arbeitskraft.

G. Der bisherige Vertreter des effizienten Wahlkreises Erfstein-Molsheim im Reichstag, Frhr. Born v. Bulach, richtet an seine früheren Wähler ein öffentliches Schreiben, worin er unter dem Ausdruck des Dankes für das ihm so lange Jahre geschenkte Vertrauen die bestimmte Erklärung abgibt, daß er für die bevorstehenden Reichstagswahlen kein Mandat mehr annehme, weil die verantwortliche Stellung, die er als Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen bekleide, seine Arbeitskraft und Thätigkeit in vollem Umfange in Anspruch nehme. Da scheint der bisherige Abgeordnete des Reichstagswahlkreises Hagenau-Weissenburg, Prinz Alexander Hohenlohe-Schillingsfürst, ein Sohn des Reichstagsmarschalls, anderer Ansicht zu sein. Obwohl er vor einigen Wochen vom Kaiser zum Bezirkspräsidenten von Lothringen ernannt worden ist, hält er, allen Anpassungen in der Tagespresse zum Trotz, an der Kandidatur in dem bisher von ihm vertretenen Kreise fest. Und doch dürfte auch die prinzipielle, ebenso wie die freiherrliche Arbeitskraft durch das Amt eines der höchsten Verwaltungsbeamten des Landes in vollem Umfang in Anspruch genommen werden.

Gegen die Junter und für die Handelsverträge!

Ein Mahnwort an die Reichstagswähler von Heinrich Nicolai. Berlin 1898. Das Schriftchen geht von weiblich-freisinniger Seite aus und behandelt die Ziele des Sammelangriffes, die entgegenstehenden Interessen des Industriestaates Deutschland, die Bedeutung der Handelsverträge im allgemeinen und des Konsumentenstandpunktes, den die Schutzzölle so oft verhöhnen. Das Broschürchen ist nützlich zu lesen.

Die „Versöhnung“ des Freisinns.

Wie in Stettin und in Königsberg i. Pr. können sich auch in Sondershausen die Freisinnigen trotz der gestroffenen Vereinbarung nicht einigen. Die Freisinnige Vereinigung und ein Teil der Nationalliberalen haben Herrn Broemel, die Freisinnige Volkspartei den Rechtsanwalt Jaenicke aufgestellt. Nachdem im Wahlkreise Rudolstadt der freisinnige Kandidat zu Gunsten desjenigen der Freisinnigen Vereinigung zurückgetreten ist, hoffte das Umgekehrte die Freisinnige Zeitung in Sondershausen. Davon will indes die Freisinnige Vereinigung nichts wissen.

Krupp und das Reichstagswahlrecht.

Der bisherige Vertreter des Kreises Essen, der Hospitant der freikonservativen Partei, Herr Krupp, der sich wieder um das Mandat bewirbt, hat seine Stellung zum Wahlrecht auf eine Anfrage des nationalliberalen Komitees wie folgt kundgegeben:

Auf dem Hügel, den 30. Mai 1898. An das Centralwahlkomitee in Essen. Auf die gefällige Anfrage vom 28. d. M. sehe ich nicht an, Ihnen — wie in den Jahren 1887 und 1893 — zu erklären, daß ich an folgendem Grundsatze festhalte: Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ist eine so fundamentale Bestimmung der deutschen Reichsverfassung, daß ich an eine Beschränkung desselben weder glaube, noch ihr bestimmen werde. Hochachtungsvoll ergebenst F. A. Krupp.

Wahlbeeinflussung.

Im Wahlkreise Lüben-Bunzlau sind, wie wir dem Niedersächsischen Courier entnehmen, in der Friedrichshütte die Arbeiter auf Anordnung der dortigen Verwaltung wenigstens indirekt dazu angehalten worden, das Programm des konservativen Kandidaten zu unterschreiben. Die Meister halten den Befehl erhalten, in ihren Werkstätten die Unterschriften zu

sammeln. Auch in der Herrmannshütte zirkulirte zu gleichem Zweck eine Liste. Aus Parchau wird berichtet, daß die Schulkinder vom Lehrer konservative Flugblätter zur Verteilung an die Wähler erhalten. Alle drei Gastwirte des Ortes sind veranlaßt worden, ihre Säle zu einer Versammlung der Freisinnigen nicht herzugeben, und zwar teils durch den Pastor, teils durch den Amtsvorsteher v. d. Redde, einen Bruder des konservativen Kandidaten.

Von der Agitation.

Dem Berl. Tagebl. wird aus Kiel geschrieben: „Wie ich zuverlässig höre, hat sich der von den Blinden und Konservativen unterstützte antisemitische Kandidat unseres Wahlkreises, Gutsbesitzer Graf Reventlow, an den Vorsitzenden des hiesigen Marinevereins Prinz Heinrich von Preußen mit dem mündlichen Ersuchen gewendet, im Verein bezugsweise unter den Vereinsmitgliedern für seine (des Grafen) Wahl zu wirken und einzutreten. Da viele Mitglieder des großen Vereins entschiedene Gegner der antisemitischen Bewegung sind, so werden die Bemühungen des Grafen sicher erfolglos bleiben. Sollte die Angelegenheit im Verein zur Verhandlung gelangen, was bei dem stets bewiesenen Takt des Vorsitzenden kaum anzunehmen ist, so wird entschiedener Protest gegen diese antisemitische Agitation eingelegt werden.“ Graf Reventlow war einst auch „begeisterter Sozialdemokrat“.

Kandidaturen.

Der bayerische „Renommierbauer“ der Konservativen, Abg. Lutz-Heidenheim, hat erklärt, mit „Rücksicht auf Geschäfte und Familie“ keine Reichstagskandidatur wieder annehmen zu können. Saurere Trauben!

Im Wahlkreise Zweibrücken-Birmasens geben die Anhänger der Freisinnigen Volkspartei ihre Stimmen für Fabrikbesitzer Reinhard Schmidt in Elberfeld ab.

Im zweiten hannoverschen Wahlkreise ist Lehrer Robert Meyer aus Bremerhaven als Kandidat der freisinnigen Volkspartei aufgestellt worden.

Von den Nationalliberalen und dem Bund der Landwirte ist der Landtagsabgeordnete Leinenweber in Birmasens aufgestellt worden.

Die partikularistische „Rechtspartei“ von Neuf a. L. hat diesmal auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet und wird für den Nationalliberalen und Konservativen, Landgerichtspräsidenten Hofmann, eintreten.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Von dem westindischen Kriegsschauplatz.

liegen wieder sich widersprechende Meldungen vor. Nach den gestrigen Nachrichten hatten am Dienstag die Amerikaner einen stärkeren Vorstoß gegen die in Santiago de Cuba eingeschlossene Flotte Cerveras' unternommen. Jetzt wissen die Spanier eine Niederlage zu melden. Aus Madrid telegraphiert man nämlich:

Der spanische Marineminister erhielt eine Depesche, die besagt, daß das amerikanische Geschwader vor Santiago de Cuba eine Niederlage erlitt. Die spanischen Forts und das Geschwader Cerveras' wiesen die Angriffe der feindlichen Schiffe ab, die sich beschädigt zurückzogen. Das spanische Geschwader hat nicht gelitten.

Was ist die Wahrheit?

Es laufen noch folgende Depeschen ein:

Madrid, 1. Juni. Eine Depesche aus Santiago meldet, man habe bemerkt, daß drei amerikanische Schiffe Havarien erlitten hätten. Ein amerikanisches Schiff habe Feuer gefangen. Auf Seite der Spanier sei ein Mann gefallen.

Rom, 1. Juni. Nach einem Telegramm der Tribuna aus Kingston (Jamaica) vom 31. Mai soll Admiral Cervera mit seiner Flotte nach vorgenommener Verproviantierung Santiago mit stilllichem Kurs verlassen haben.

Newport, 1. Juni. Das Evening Journal meldet aus Cay Haytien, nach dem Berichte eines dort eingetroffenen amerikanischen Torpedobootes sei ein amerikanischer Hilfskreuzer schwer beschädigt.

Nach einem weiteren Telegramm desselben Blattes aus Cay Haytien von 10 Uhr vormittags sei die amerikanische Flotte neuerdings vor Santiago erschienen. Man erwarte ein nochmaliges Bombardement.

Aus Key-West verlautet, der amerikanische Hilfskreuzer Saint Paul habe das spanische Transportschiff Alfonso XIII. mit 1800 Soldaten und viel Vorräten an Bord aufgebracht.

Ein Telegramm aus Havanna vom heutigen Tage besagt: Hier ist folgende amtliche Mitteilung über den Kampf bei Santiago veröffentlicht worden: Die amerikanische Flotte, bestehend aus den Schiffen Iowa, Massachusetts, Brooklyn, Texas, New-Orleans, Marblehead, Minneapolis, einem anderen Kreuzer und sechs kleinen Schiffen, nahm gestern westlich von dem Ausgange des Hafens von Santiago Aufstellung. Zunächst eröffneten 5 Schiffe das Feuer. Der spanische Kreuzer Colon lag gegenüber Punta Gorda vor Anker und konnte von der See aus gesehen werden. Die Batterien von Fort Morro, Socapa und Punta Gorda und der Kreuzer Colon erwiderten das Feuer. Die amerikanischen Kriegsschiffe gaben 70 Schüsse ab, meistens Geschosse schwerer Kalibers, die indessen gar keinen Schaden anrichteten. Das Bombardement dauerte 1 1/2 Stunden. Dann zogen sich die Amerikaner zurück. Einer ihrer Hilfskreuzer war beschädigt, zwei Granaten sah man am Deck der Iowa explodieren, während an Bord eines anderen Schlachtschiffes Feuer ausbrach. Einige Geschosse fielen im Innern des Hafens in der Nähe der spanischen Kriegsschiffe nieder. In Santiago herrscht große Begeisterung. — Nach einem anderen Telegramm aus Port au Prince unterhielten die spanischen Batterien zwanzig Minuten lang ein heftiges Feuer, dann schwächte sich das Feuer ab, während die Amerikaner eine heftige Kanonade auf Fort Morro richteten und dasselbe vollständig zerstörten. Gegen 4 Uhr nachmittags stellten die Amerikaner das Feuer ein. Amtliche Nachrichten über den Kampf sind bisher durch die amerikanischen Depeschboote noch nicht überbracht worden.

Die amerikanischen Finanzen

werden durch den Krieg stark in Mitleidenhaft gezogen. Die Regierungseinkünfte im Monat Mai betragen 30 078 818 Dollars, die Ausgaben 47 797 000 Dollars.

Der Gedanke eines englisch-amerikanischen Bündnisses soll nach einer Meldung der Times bereits zu diplomatischen Weiterungen geführt haben. Nach einem Telegramm der Post, Zig. wird der Times aus Ottawa berichtet, die Meldung, daß die internationale Kommission zur Lösung aller kanadisch-amerikanischen Streitfragen demnächst zusammentrete, scheine den fremden Völkern in Washington Unbefagen bereitet zu haben; sie erkundigten sich, ob das Abkommen etwa den Anfang zu einem anglo-amerikanischen Bündnisse bilde.

Von Santiago.

Kommodore Schley untersuchte Santiago und die Batterien, die nach dem Hafen führen und den Kanal schützen. Schley fand sie viel stärker und die submarinen Minen zahlreicher, als er vermutet hatte. Vier Minen waren über den engen Hafeneingang gelegt. Die Schiffe des Geschwaders unter Cervera verrieten ihre Unwesenheit, indem sie sich quer über den Hafeneingang bewegten, um beim Herannahen des Feindes feuern zu können.

Spanische Ungezogenheiten.

Nach einem Telegramm aus Gibraltar wurden aus einer Volksmenge gegen den englischen General Richardson, den Oberbefehlshaber der Garnison von Gibraltar, Steine geschleudert, als er mit einem anderen Manne in San Roque spazieren ging.

Militärische Forderungen.

Der amerikanische Kriegssekretär Alger richtete ein Schreiben an das Repräsentantenhaus, worin er einen Nachtragkredit forderte und vorschlägt, sofort 15 bis 20 000 Mann nach Cuba zu schicken und diesen schnellstens 50 000 Mann folgen zu lassen.

Die amerikanische Staatsschuld ist wegen der Kriegsausgaben um 19341108 Dollars gestiegen.

Von der deutschen Lehrerverammlung.

z. Breslau, 1. Juni.

Seit Pfingstmontag weilen 4000 deutsche Volksschullehrer, zum Teil mit Angehörigen, in den Mauern der Stadt Breslau. In seinem Neuharn zeigt der deutsche Volksschullehrer längst nichts mehr vom Typus des ehemaligen „Schulmeisters“, und so konnte denn die Anwesenheit so vieler Tausende von Lehrern aus allen Ecken Deutschlands das Straßenbild einer Stadt von mehr als 400 000 Einwohnern nicht besonders verändern. In kleineren und größeren Gruppen spazieren unsere Gäste durch die Stadt, die Sehenswürdigkeiten in Augenschein nehmen, oder zu einer der zahlreichen pädagogischen Nebenversammlungen, zur Lehrmittelausstellung — die sehr sehenswert ist — oder irgend einer anderen lehrreichen oder zerpfeuernden Veranstaltung eilend, wenn sie nicht in den weiten, prächtigen Räumen des Frieberg-Restaurants weilen, wo die Hauptversammlungen stattfinden.

Die Breslauer Stadtverwaltung im Verein mit der Breslauer Lehrerschaft haben alles getan, was nur möglich ist, um ihren Gästen den Aufenthalt recht angenehm zu machen und Konzerte mit festlicher Illumination der bekannten Liebschöhle, Festmahl, festliche Theateraufführung, Konsums z. sorgen für die Unterhaltung und Befriedigung der Teilnehmer an der 50. deutschen Lehrerverammlung nach Kräften. Aber Arbeit und zwar ernste, bedeutende Arbeit wird trotzdem von der deutschen Lehrerschaft auch hier in Breslau in reichem Maße geleistet. Ueber dreihundert Nebenversammlungen, die sich mit all den einzelnen wichtigen Fragen des so reichen pädagogischen Gebietes beschäftigen, wissenschaftliche Vorträge entgegennehmen und diskutieren, tagen in den verschiedensten öffentlichen Gebäuden der Stadt schon von früh 7 1/2 Uhr ab bis zum Beginn der Hauptversammlungen, der auf 10 1/2 Uhr vormittags festgesetzt ist.

Die Verhandlungen in den Hauptversammlungen beanspruchten zum Teil das lebhafteste Interesse auch nichtpädagogischer Kreise. Das war besonders der Fall bei dem Referat des Herrn Lehrer M. Fehner-Berlin über die Frage: „In welcher Richtung und in welchem Umfange wird die Jugendverziehung durch gewerbliche und landwirtschaftliche Kinderarbeit geschädigt?“ Der Vortragende ging mit ebenso großem sozialen Verständnis wie mit anerkanntem Mut gegen die Schmach der Kinderausbeutung vor. Der Lehrer müsse sich gegen jede Erwerbsarbeit der Kinder wenden. Die deutsche Lehrerschaft lege bei Behandlung dieser Frage den Finger in eine tiefe Wunde am Körper unserer Gesellschaft. Nach der Statistik würden in Deutschland eine Million Kinder zur Erwerbsarbeit herangezogen. In den Städten bessere sich die Zahl der beschäftigten Kinder auf 12—13 Prozent, auf dem Lande gar auf 25 Prozent aller Kinder. In den Industriezentren sei die Kinderausbeutung auf das schlimmste ausgeübt, am ungünstigsten seien die in der Hausindustrie beschäftigten Kinder daran. Aber überaus verberlich wirken auch manche andere Arten der Beschäftigung von Kindern. So sei das Frühstücksbrotbacken in den großen Städten für die Sittlichkeit der Jugend so verberlich, daß die Bäckermeister in Berlin erklärt haben, sie können unmöglich ihre Lehrlinge, mit Rücksicht auf die damit verbundenen sittlichen Gefahren, noch ferner zum Frühstücksbrotbacken verwenden. Trotzdem erkläre der Obermeister der Berliner Bäckerinnung, Herr Bernard (gegenwärtig konservativer Reichstagskandidat), die Bäcker könnten die Kinderarbeit nicht entbehren, während dieselben Bäckermeister bei anderer Gelegenheit behaupten, daß sie die Kinder nur aus „Humanität“ beschäftigen, um ihren armen Eltern einen Verdienst zuzuführen. Nebner wandte sich dann auch mit scharfen Worten gegen die Kinderausbeutung in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft behaupte zu Unrecht, daß sie die Kinderarbeit nicht entbehren könne. Die Schule werde gleichmäßig bedroht durch „die Klerlei“, die wieder mittelalterliche Schulzustände einführen möchte, und „durch die Agrarier, die die Hörsigkeit wieder einführen möchten“. Nebner wendete sich sehr scharf auch gegen Ausbeuten des konservativen Abgeordneten Camp und des ultramontanen Grafen Ballestrin zu Gunsten der Kinderarbeit. Gegen solche futurfeindliche Bestrebungen protestierte die deutsche Lehrerschaft. Die Lehrer müßten dagegen eintreten, daß den Kindern das geistige Brot noch mehr geschmälert werde. Auch die Lehrer wollten Arbeit für die Kinder, aber durch diese Arbeit solle ein Mittel geboten sein, die Kinder körperlich und geistig zu erziehen, und als solche Arbeit sähen die Lehrer die Schularbeit an. Vor allem müsse den Kindern Zeit zur Bewegung in freier Luft gegeben werden. Die Lehrerschaft sei nicht dagegen, daß die Kinder zu häuslichen Hilfestellungen verwendet werden, aber sie sei Gegnerin der Kinderarbeit in der heutigen Form, für die zumeist die gegenwärtige soziale „Ordnung“ verantwortlich sei. In einer Zeit, wo Neidtum und Luxus in solcher Weise wachse, wie eben jetzt, in einer Zeit, wo die Maschine für Millionen Menschen arbeite, sei es im höchsten Maße verwerflich, die Kinder mit zu der Arbeit heranzuziehen, das sei wirklich kein gutes Zeugnis für unser Jahrhundert.

Der Zusammenhang zwischen kriminellen Vergehen und Verbrechen der Jugend und gewerblicher Beschäftigung der Kinder werde immer mehr erkannt. Längst hätten daher die Sozialdemokraten das Verbot der Kinderarbeit in ihr Programm aufgenommen, und auch der internationale Arbeiterkongress in Zürich, auf dem auch sehr viele Nichtsozialdemokraten vertreten waren, habe diese Forderung zu der seinigen gemacht. Nebner schloß unter lebhaftem Beifall mit den Worten: „Wenn wir die uns anvertrauten Kinder für die Kultur erziehen wollen, dann müssen wir nicht nur Erzieher, sondern auch Kämpfer für unsere Kinder sein.“

In der Diskussion, die dem interessanten und trefflichen Vortrag folgte, zeigten einige unserer Herren Volksschullehrer, daß ihnen zum Verständnis sozialer Fragen leider noch fast alles fehlt. Besonders entrüstet über die Beleidigung „politischer Personen“, wie des Grafen Ballestrin, war ein Lehrer Nike aus dem Breslauer Landkreise! Er sprach dem Referenten seine Kenntnis landwirtschaftlicher Verhältnisse ab und erklärte es für eine große Wohlthat, wenn die Kinder auf dem Lande des Nachmittags 3 bis 4 Stunden beschäftigt würden. Die Ausführungen des Referenten wurden dagegen energisch untertätig: durch den bekannten, um die Aufstellung

der schwachen Kindererziehung und ihrer vererblichen Folgen sehr verdienten Lehrer Naab aus Kitzdorf-Berlin. Schließlich wurde eine Resolution des Referenten nahezu einstimmig angenommen, die sich in ihrem ersten Teile mit der Schilderung der vererblichen Wirkungen der gewerblichen Kinderarbeit in pädagogischer, moralischer, geistiger und körperlicher Beziehung beschäftigt und in ihrem Schlusse folgende nächstliegende Forderungen aufstellt:

- a) Das Verbot jeder Beeinträchtigung des regelmäßigen Schulbesuchs durch Nichtnahme auf erwerbsmäßige Beschäftigung der Schulkinder, insbesondere Verrichtung der Hülfsarbeiten, sowie solcher Dispensationen vom Schulbesuch, die im Interesse der Erwerbstätigkeit geschehen.
b) Jede erwerbsmäßige Beschäftigung von Kindern unter zwölf Jahren ist zu verbieten.
c) Ebenso die Arbeit älterer Kinder morgens vor Beginn der Schule, nach 6 Uhr abends und an Sonntagen und jede Aecordarbeit.
d) Die Dauer der regelmäßigen täglichen Beschäftigung ist möglichst kurz zu bemessen, auch während der Ferien.
e) Ganz zu verbieten ist: Hausieren, Beschäftigung in Wirtschaften, bei Schaustellungen und bei Treibjagden.
f) Die staatliche Beaufsichtigung ist auch auf die Beschäftigung der Kinder in der Hausindustrie und in der Landwirtschaft auszudehnen.

Zweite Generalversammlung des Centralvereins der Bildhauer Deutschlands.

Zweiter Verhandlungstag. z. Erfurt, 31. Mai 1898. Anknüpfend an die gestrigen Verhandlungen über den Rechenschaftsbericht, gelangt eine Resolution zur Annahme, wonach die Monats- und Quartalsabschlüsse der einzelnen Verwaltungen zukünftig pünktlicher an den Hauptverwalter eingesandt werden sollen, was im Interesse eines geordneten Verwaltungswesens unbedingt notwendig ist.

weiben liehe. Dem Centralvorstand wird zum Vorwurf gemacht, daß er den Hamburger Steinbildhauerstreik ausgeheissen. Nach ausgiebiger Debatte, in der Dan-Stuttgart das Vorgehen des Centralvorstandes verteidigt, wird eine von Lätzsch-Königsberg und Stöber-Berlin eingebrachte Resolution angenommen, die dem Centralvorstand für seine Stellungnahme im besagten Fall ein Vertrauensvotum ausstellt.

Der nächste und wichtigste Beratungsgegenstand der Generalversammlung ist die weitere Ausgestaltung des Unterstützungswesens und die dadurch bedingte Erhöhung der Beiträge. Am Jahre 1892 wurde auf der Generalversammlung zu Mainz eine Witwenunterstützung beschlossen. Dieser Unterstützungsweig erweiterte dann im Jahre 1895 ein Beschluß des Centralvorstandes dahin, daß beim Todesfall nach fünfjähriger Mitgliedschaft die hinterbliebene Witwe 200 Mk. erhielt.

z. Erfurt, 1. Juni 1898.

3. Verhandlungstag. Die Generaldiskussion über das Unterstützungswesen wird fortgesetzt. In namentlicher Abstimmung wird dann ein Antrag aus Breslau, Fürtz und Görtz mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt, der eine Erhöhung des Wochenbeitrages von 50 Pfg. auf 60 Pfg. verlangte. Der Antrag Halle und Bromberg, statt 50 Pfg. 55 Pfg. Wochenbeitrag zu erheben, wird mit 11 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Organisation vergangen oder sich sonst im bürgerlichen Leben ehrlicher Handlungen schuldig gemacht haben. Beschwerde gegen den Ausschluß ist spätestens innerhalb acht Tagen nach erfolgter Mitteilung beim Centralvorstand einzulegen. Väterter hat alsbald die Angelegenheit einem Schiedsgericht vorzulegen, das endgültig entscheidet. Bis zum definitiven Ausschluß ruhen Rechte und Pflichten der Mitgliedschaft.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs. Dritter Verhandlungstag. B. Luz, 31. Mai. Die Dienstagssitzung war vertraulich. Sie war der ausführlichen Erörterung der inneren finanziellen Verhältnisse der Parteipresse, insbesondere der Arbeiter-Zeitung gewidmet.

C. Hammer Uhrenhandlung Wintergartenstr. 15 am Architektpalast.

Wecker mit Absteller Mk. 2.50. 2 Jahre Garantie. Leser dieser Zeitung 10 Prozent Rabatt.

Regulateure mit Schlagwerk von Mk. 10.00 an. 2 Jahre Garantie.

Taschenuhren in großer Auswahl. Cylind.-Remont. mit Goldrand Mark 10.00. 2 Jahre Garantie.

Reparaturen: Neue Feder einsetzen 1 Mt. Neues Uhrglas 10 Pfg. Neuer Uhrzeiger 10. Neuer Uhrtring 10. Neuer Uhrschlüssel 5. Für jede Reparatur 1 Jahr Garantie.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Benth-Strasse 2. Soeben erschienen: Handbuch für Sozialdemokratische Wähler. Eleganter Pabekverband. 26 Bogen stark. Preis 3 Mark. Porto 20 Pfg.

Blüsch-Warn, Ottom. bll. Chauffeestr. 1. p. Billige, dauerhafte Möbel verkauft Schade, Lindenau, Marienstr. 28.

Vermischte Anzeigen. 1 Granatbroche verl. v. Gohlis u. L. Abzug. 2. Bel. Wöckern, Kirchberg 3, III., Scheibe.

Ehe vorzuziehen. Herr Anton Wilm zum heutig. Tage dreimal Hoch. Minna u. Knip.

? Wer? seinen Fußboden streichen und sich viel Kerger und Verdruß ersparen will, der kaufe sich die sachmännlich zubereiteten, haltbaren, schnell trocknenden und nicht nachbleibenden Fußbodenfarben beim alten Praktiker H. Schumann.

Frauenkrankheiten beschl. nach Thure-Brand'scher Methode (schwedische Massage) mit bestem Erfolge R. Neugebauer, akad. geb., n. nicht Grimmaische Str. 21, II, 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1.

Pfähle u. Brennholz noch abzugeben 5258 Sandbureau, Anstaltungsplatz Eingang Plagwitzer Brücke.

Für Kröpfrahmen zusammen zu sehen suche ich noch einige geliebte Gebissen. Dauernde Arbeit in Aussicht. C. H. Reichert, Galustr. 13.

Familienanzeigen. Herrn u. Frau Klingauf z. silb. Hochzeit die herzl. Glückwünsche. Familie Paul.

Kinderwagen mit Decke Mk. 15.— Sportwagen Mk. 6.— Leiterwagen Mk. 3.— Reisekörbe Mk. 3.50 Kinderkörbe Mk. 3.— Tragkörbe Mk. 2.75 G. Boesecke, Lindenau Querstr. 4.

Monatsgarderobe. Empfehlung in reicher Auswahl allerfeinsten Frühjahrs-Paletots, kompl. Anzüge, Jacketts, Helmkleid etc. Elegante Fracks und Gesellschaftsanzüge auch leihweise. [2605 NB. Um Irrtum zu vermeiden, bitte ich zu beachten, daß ein Zweigeßelstück von mir am Platze nicht besteht.] J. Kindermann, Salzgraben 9. Möbel, Spiegel, Polsterwaren Koffer, Federbetten von 1 Mt. an, faust man solid und billig in P. Fleischers Warenhaus, Lindenau, Lügner Str. 56. Gut vernickelt werden Fahrradteile und andere Gegenstände bei [3884] Fankak & Zanke, Mittelstr. 7. Käufe und Verkäufe. Alle Völkergedächte fert. bill. u. dauerh. Schönefeld, Dismarckstr. 22.

Wohnungsanzeigen. Frl. Schlafstelle z. 2 Hrn. sof. zu vermiet. Reudnitz, Dillstraße 46, III. r. Möbl. Stube als Schlafstelle für Herrn billig. Chauffeestraße 19, IV. r. Frl. Schlafstelle für Herrn zu vermiet. Seitenstraße 6, p. r., am Westplatz. Frl. möbl. Zimmer m. Kaffee 2.50 Mt. zu verm. Connewitz, Leopoldstraße 11, III. l. Vere 2 Fenster, Stube z. 1. Juli zu verm. Lindenau, Wettinerstraße 58, III. r. Vere Stube an eing. Person zu vermiet. Näh. Lindenau, Wettinerstraße 92, II. v. Eine leere Stube zu vermieten. Plagwitz, Braunstraße 8, p. l. Vere Stube z. 1. Juli an eing. Pers. zu verm. Reudnitz, Schützenweg 12, I. v. Vere 2 Fenster, Stube an eing. Pers. 1. Juli zu verm. Frl. v. Lind., Lügnerstr. 71, III. l. 2 gr. leere Zimmer mit 2 Kaminen an eine ältere Frau o. junge Leute ohne Kinder zu vermieten. Berliner Straße 11, Stöck. r., III. l., Reudn.

Todesanzeige. Freunden, Verwandten und Bekannten hierdurch zur trauerigen Nachricht, daß unser lieber Vater, der Cigarrenarbeiter Karl Wilh. Louis Soth am 31. Mai im Krankenhaus St. Jakob zu Leipzig verstorben ist. Die Beerdigung erfolgt Freitag nachmittags 1/4 11 Uhr von der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses aus. Wagen stehen von 1/3 8 Uhr an der Wohnung L. Reudnitz, Leipziger Straße 21, bereit, woselbst man gültig zugedachten Blumen schmuck abzugeben bittet. Neureudnitz-Stötteritz. Rosalie verw. Soth Anton Hempel, Gustav Hempel, Stieffhne. [5200]

Anna Desort im 44. Lebensjahre, was nur hierdurch tiefbetrübt angezeigt [5296] L. Plagwitz, den 1. Juni 1898. Karl Desort, Restaurateur, nebst Tochter. Die Beerdigung findet Sonntag vormittag 1/4 11 Uhr von der Kapelle des Plagwitzer Friedhofes aus statt.